

AK Asyl e.V.



Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

Dezember 2013



LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER,

»sicher« ist die ursprüngliche Wortbedeutung des Begriffs Asyl. Menschen, die von Krieg, Verfolgung und Armut in die Flucht getrieben werden und auf abenteuerlichen Wegen nach Europa gelangen, sind existenziell auf diese Sicherheit angewiesen.

Leider werden Flüchtlinge in scheinbar sicheren Ländern immer wieder mit Diskriminierung, Entrechtung und Abschiebung konfrontiert. Bundeskanzlerin Merkel spricht bei einem Bürgerforum der Bertelsmann-Stiftung offen von Flüchtlingsbekämpfung, Innenminister Friedrich reduziert die Ursachen für Flüchtlingsströme auf das Unwesen illegaler Schlepperbanden und die EU perfektioniert ihre Grenzsicherung mit Überwachungsdrohnen und dem Kommunikationssystem Eurosur – eine Farce in Anbetracht der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU vor einem Jahr. Der politische Diskurs legt den Schluss nahe, es gehe den Entscheidungsträgern lediglich darum, die Aufnahme von Flüchtlingen zu vermeiden. Die Menschen, die es trotz Frontex über die Grenzen schaffen, werden unter Generalverdacht gestellt, das soziale System auszunutzen.

Der AK Asyl will diesen Missständen entgegenwirken. Mit unserer Arbeit geben wir Flüchtlingen eine Stimme und verhelfen ihnen zu ihrem Recht. Neben unserer täglichen Arbeit für das Wohl von Flüchtlingen zeigen wir mit vorliegendem Infobrief bestehende Problemlagen auf und zeichnen aktuelle Geschehnisse aus der Region Bielefeld nach.

So eröffnet Lena Böllinger in unserem Regionalteil unseren Infobrief mit einer Schilderung der gängigen Gutscheinpraxis der Behörden in Verl. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter und wirbt für ihre Idee einer solidarischen Einkaufsgemeinschaft: deutsche Staatsangehörige lassen ihre eigenen Einkäufe über Gutscheine abrechnen und zahlen den Flüchtlingen den Wert des Gutscheins danach in bar aus. Im Kern zielt dieses Engagement selbstverständlich auf die generelle Abschaffung der Gutscheinpraxis ab.

Im Rahmen dieser regelmäßig stattfindenden Aktionen ist Lena Böllinger auf eine weitere Art der Bevormundung von Flüchtlingen gestoßen: der faktische Arbeitszwang für Flüchtlinge in Deutschland.

In einem Gespräch mit einem Geflüchteten erfährt sie, dass Asylbewerber zunächst zwar keine Arbeitserlaubnis erhalten, sehr wohl aber zu unliebsamen Arbeiten gezwungen werden können. Das aufschlussreiche Interview können Sie ab Seite 06 nachlesen.

Das Gesetz sieht vor, dass AsylbewerberInnen erst nach einem vierjährigen Aufenthalt in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann. Ein Zeitraum, der geflüchteten Roma gar nicht erst zur Verfügung steht. Wie Hendrik Unger eindrucksvoll berichtet, hat das Innenministerium die Behörden angewiesen, Roma ohne ausreichende Prüfung der Fluchtgründe im Schnellverfahren auszuweisen. In einer Resolution formuliert Unger die Forderungen des AK Asyl.

Nicht nur die miserable Asylpolitik in Deutschland lässt eine humanitäre Ausrichtung vermissen, auch auf europäischer Ebene scheint die Not von Flüchtlingen eher als Kollateralschaden einer kolonialistischen Wirtschaftspolitik zu gelten. Während Agrarsubventionen für europäische Bauern, Fischereilizenzen in afrikanischen Gewässern und die Schwemme von Billigwarexporten den Europäern einen gehobenen Lebensstil ermöglichen, behindern sie gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und treiben dort unzählige Kleinbauern und Fischer in den Ruin. Christian Glöckner geht dieser ungerechten Wechselwirkung in seinem Beitrag nach, den Sie in unserer Rubrik »International« finden.

Mit einer Konsequenz dieser europäischen Expansionspolitik beschäftigt sich Kathrin Dallwitz, indem sie das Massengrab Mittelmeer beklagt. Am Beispiel der kaum zu überwindenden Hürden, vor die überlebende Flüchtlinge gestellt werden, wenn sie eine Familienzusammenführung beantragen, beschreibt Dallwitz die politisch gewollte Hilflosigkeit von AsylbewerberInnen.

Unser Infobrief schließt mit Kurzgeschichten und Gedichten, in denen die im Heft angesprochenen Problemlagen literarisch aufgearbeitet werden.

Die Redaktion wünscht eine anregende Lektüre, ein frohes Weihnachtsfest und ein »sicheres« neues Jahr!

Hendrik Unger und Christian Glöckner <

REGIONAL		INTERNATIONAL	
04	Gutscheinpraxis in Verl Solidarische Einkaufsgemeinschaft mit Geflüchteten	17	Recht und Gesetz Fingerkuppen und Schleifpapier / Zum Tode von Cemal Kemal Altun
05	Abschiebegefängnis in Büren Demonstration gegen Abschiebehaft	18	Wirtschaftspolitik kennt kein Asyl Europäische Flüchtlingspolitik in Zeiten der Globalisierung
06	»Es geht offensichtlich nur darum, uns auszunutzen.« Ein Gespräch über den Arbeitszwang für Flüchtlinge in Deutschland	20	Lampedusa und die gesetzlichen Hürden für Flüchtlinge Das Sterben im Mittelmeer und die Ver- weigerung der Familienzusammenfüh- rung
09	Petition für eine generelle Arbeits- erlaubnis für Flüchtlinge	23	Presseerklärung Nur gut verdienende Flüchtlinge aus Syrien können ihre Familie nachholen
10	Wir haben Platz für Flüchtlinge Bleiberecht für Roma		
11	Resolution Für ein Aufenthaltsrecht für Roma aus Serbien, Kosovo und Mazedonien		
12	Keine Chance für rechte Hetze Gegen die RassistInnen von „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“		
	AK ASYL BIELEFELD E.V.		
14	Medizinische Flüchtlingshilfe unterstützt Schwangere / Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge / AK Asyl e.V. lädt ein zur Party	24	Einchecken in die Flucht Kurzgeschichte von M. Aliehe
15	Neuer Begegnungsraum / Neue Home- page / Entscheidungen der Mitglieder- versammlungen 2013 / Interessierten- Treffen und große Teamsitzung	25	Was soll das bedeuten? Gedichte von Ralf Burnicki
		26	Abasi Kurzgeschichte von Christian Glöckner
			RUBRIKEN
		13	In eigener Sache: Spendenaufruf
		16	Unsere Beratungsfelder
		32	Kontakt, Impressum

RASSISTISCHE POLITIK SABOTIEREN

Solidarische Einkaufsgemeinschaft mit Geflüchteten in Verl

Von Lena Böllinger

Viele der Geflüchteten, die sich in Deutschland im Asylverfahren befinden, sind auf Sozialleistungen angewiesen. In der Flüchtlings-Unterkunft in Verl (Kreis Gütersloh) wird den Bewohner_innen ein Großteil dieser Leistungen für den täglichen Bedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hygieneartikel usw.) in Form von Gutscheinen ausgehändigt. Die Gutschein-Praxis funktioniert so, dass die Geflüchteten sich wöchentlich ein DIN A 4 Papier bei der Stadt abholen müssen, auf dem ihr Name und ein Betrag (meist zwischen 5 und 15 Euro) stehen. Mit diesem Gutschein müssen alle Einkäufe erledigt werden. An der Kasse wird der Ausweis der Person verlangt, um nachzuweisen, dass der Gutschein wirklich ihr „gehört“. Die Geflüchteten beschreiben diesen Moment der Sonderbehandlung an der Kasse als extrem unangenehm und stigmatisierend. Es ist ein Moment, in dem sie als „anders“ und „nicht zugehörig“ markiert werden. Hinzu kommt, dass die Summe jedes Einkaufs immer dem exakten Gutscheinbetrag entsprechen muss, denn Wechselgeld wird gar nicht bzw. nur in sehr geringen Summen ausgezahlt.

Der gesetzliche Rahmen erlaubt in Bezug auf die Sozialleistungen von Geflüchteten ausdrücklich Gutscheine und Bargeld. Die Entscheidung für oder gegen die Ausgabe von Gutscheinen liegt bei der ausführenden Behörde – in diesem Fall bei der Stadt Verl. Die Gutscheinpraxis stellt eine massive Bevormundung und Diskriminierung der Geflüchteten durch die zuständigen Behörden dar. Gutscheine machen es den Geflüchteten in einer ohnehin schon prekären Situation unmöglich, über das eigene Geld zu verfügen, Geld für Anschaffungen zu sparen, Busse und Bahnen zu nutzen (hierfür gelten die Gutscheine nicht!), ein Fahrrad anzuschaffen, Anwält_innen zu bezahlen usw.

Seit einiger Zeit gibt es nun eine Gruppe von Leuten, die gemeinsam mit den Geflüchteten gegen diese rassistische Maßnahme des Verler Rathauses vorgeht. Ziel ist die Abschaffung der Gutschein-Praxis

durch aktive Sabotage: regelmäßig fahren Menschen nach Verl und kaufen dort mit den Geflüchteten ein. Die Einkäufe werden mit den Gutscheinen der Geflüchteten bezahlt. Im Anschluss erhalten dann die Geflüchteten den Gutscheinwert in bar zurück. Perspektivisch geht es jedoch selbstverständlich darum, die Gutscheinpraxis komplett abzuschaffen. Die Geflüchteten fordern, dass ihnen die zustehenden Leistungen einmal im Monat und bar ausgezahlt werden. Deshalb wird der eigentliche Gutschein-tausch auch vor Ort von unterschiedlichen Protestaktionen begleitet, um die rassistische Praxis der Verler Behörden öffentlich sichtbar zu machen und Druck auszuüben. In einem Brief wurde das Verler Rathaus bereits zu einem Gespräch mit den Geflüchteten und Mitarbeiter_innen des AK Asyl aufgefordert. Eine Antwort steht noch aus.

Die Arbeitsgruppe, die mit den Geflüchteten in Verl gegen die Gutscheinpraxis vorgeht freut sich jederzeit über engagierte Mitstreiter_innen. Weitere Infos zur Mitarbeit sind auf der Homepage des AK Asyl zu finden. <

DEMONSTRATION GEGEN ABSCHIEBEGEFÄNGNIS IN BÜREN

„Abschiebung tötet“ – unter diesem Motto fand am 19.10.2013 eine bundesweite Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Büren statt. Ein breites Bündnis von antirassistischen Gruppen aus OWL hatte dazu aufgerufen, und etwa 500 Menschen sind dem Aufruf gefolgt.



Das Motto der Demonstration

Die Demonstration startete mit einer Auftaktkundgebung auf dem Bürener Marktplatz. Unter anderem gab es dort einen Redebeitrag von einem ehemaligen Gefangenen, der drei Monate in der JVA eingesperrt war, bevor er nach Marokko abgeschoben wurde. Er machte darauf aufmerksam, dass nicht nur Flüchtlinge in der JVA eingesperrt sind, sondern jeder Ausländer in Abschiebehaft genommen werden kann. Er selbst war Student. Als die Ausländerbehörde der Meinung war, sein Studium würde nicht schnell genug verlaufen, hat sie ihn in Abschiebehaft genommen.

Frank Gockel, Sprecher des Demonstrationsbündnisses, sprach ebenfalls auf dem Marktplatz. Er kritisierte die Haftbedingungen in der JVA, die gegenüber den anderen Abschiebegefängnissen deutlich schlechter sind. Doch Gockel will nicht nur bessere Haftbedingungen. Vielmehr betont er: „Ein Abschiebehäftling irgendwo im Bundesgebiet ist eindeutig eins: Ein Abschiebehäftling zu viel.“



Demonstrationszug auf dem Weg zum Abschiebeknast

Die Gruppe Rassismus tötet! aus Göttingen machte auf die ertrunkenen Menschen im Mittelmeer aufmerksam: „Die Toten vor Lampedusa sind kein italienisches Problem, sondern Opfer der allgemeinen europäischen Politik, die immer mehr auf Abschottung setzt.“ Sie forderte die Abschaffung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, bei der auch deutsche Polizisten bei Mittelmeereinsätzen aktiv sind.

Der Demonstrationzug führte zunächst durch Büren. Die Teilnehmer riefen „Kein Mensch ist illegal - Bleiberecht überall!“ und machten so auf ihre Forderungen aufmerksam. Anschließend wurde die Demonstration vor der JVA Büren, etwa 8 km außerhalb der Stadt, fortgesetzt. Dort wurde zuerst der ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa mit einer Schweigeminute gedacht. Der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft machte darauf aufmerksam, wie wichtig der Zuzug von Ausländern in das Bundesgebiet ist. Seine Meinung ist, „dass es allerhöchste Zeit ist, dass sich die menschenverachtende Ausländerpolitik in Deutschland und in ganz Europa ändert.“ Danach gab es Grußworte an die Gefangenen in vielen unterschiedlichen Sprachen.



Demonstranten mit einem Motto-Transparent

Die Gruppe move and resist! aus Bielefeld berichtete von der Kooperation deutscher Behörden mit dem Regime in Guinea. In Folge dieser Kooperation mit einem korrupten Regime wurden zahlreiche Flüchtlinge bei sogenannten Botschaftsanhörungen nach Guinea abgeschoben, auch wenn sie noch vorher dagewesen waren.

Die Antiknastgruppe im Infoladen Anschlag aus Bielefeld berichtete über die Situation von Gefangenen allgemein. So ist die Suizidrate im Gefängnis um ein vielfaches höher als in der allgemeinen Gesellschaft. Die Inhaftierung von Menschen beraube sie auch immer ihrer Würde und Identität. <

»ES GEHT OFFENSICHTLICH NUR DARUM, UNS AUSZUNUTZEN«

Ein Interview von Lena Böllinger über Arbeitsbedingungen für Flüchtlinge

Geflüchteten Menschen wird in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Menschen mit einer Duldung und Menschen, die sich noch im Asylverfahren befinden haben für das erste Jahr ein generelles Arbeitsverbot. Für diese Menschen bedarf die Erteilung einer Arbeitserlaubnis erst nach vier Jahren keiner Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. In diesen ersten vier Jahren wird das Arbeitsverbot nur dann aufgehoben, wenn eine Aufenthaltserlaubnis vorliegt oder die Bundesagentur für Arbeit einer Beschäftigung explizit zustimmt (§61 AsylVfG), was aber in der Praxis aufgrund der sog. Vorrang- bzw. Nachrangprüfung selten der Fall ist. Gleichzeitig können Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (§5 AsylbLG) ausdrücklich zur Arbeit gezwungen werden. Die „Aufnahmeeinrichtungen“ werden dazu angehalten, „Arbeitsgelegenheiten insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung zur Verfügung“ (§5 AsylbLG, Abs.1) zu stellen. Insbesondere ermöglicht und fördert das Gesetz jedoch die Ausbeutung der Geflüchteten für sogenannte „gemeinnützige Tätigkeiten“. So heißt es an der entsprechenden Stelle im Gesetzestext: „Im übrigen sollen soweit wie möglich Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden, sofern die zu leistende Arbeit sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde“ (§5 AsylbLG, Abs.1). Der Stundenlohn (im Gesetz als „Aufwandsentschädigung“ bezeichnet) dieser „gemeinnützigen Tätigkeiten“ wird gesetzlich auf maximal 1,05 Euro begrenzt. (§5 AsylbLG, Abs.2). Gleichzeitig sieht das Gesetz bei „unbegründeter Ablehnung einer solchen Tätigkeit“ (§5 AsylbLG, Abs.4) eine Streichung oder Kürzung der Leistungen vor. Die betroffenen Asylbewerber_innen werden damit erpressbar. Viele Kommunen nutzen diese gesetzliche Lage aus und zwingen Geflüchtete zu „gemeinnützigen“ Arbeiten, für die sie - politisch gewollt- kaum bezahlt werden müssen. Dies ist auch in Harsewinkel der Fall, wo Geflüchtete täglich für „Pro Arbeit“ Unkraut jäten, Schulen putzen und öffentliche Plätze sauber halten müssen. Eine geflüchtete Person aus Harsewinkel schildert im Interview die Arbeitsumstände und kritisiert dabei diese Form staatlich verordneter Diskriminierung.

Sie arbeiten seit einiger Zeit für Pro Arbeit. Können Sie uns die Rahmenbedingungen dieses Arbeitsverhältnisses schildern?

Nun, zunächst habe ich nach ca. einem Monat Aufenthalt in Harsewinkel einen Brief vom Hausmeister bekommen. Da stand drin, ich müsse kommenden Montag, früh morgens im Büro von Pro Arbeit erscheinen und mich dem Chef dort vorstellen. Pro Arbeit hat ein eigenes Büro in einem Gebäude direkt neben dem Heim. Ich entschloss mich, den Regeln zu folgen und der Aufforderung nachzukommen. Ich begann also jeden Tag, Montag bis Freitag für Pro Arbeit zu arbeiten. Entweder in der Frühschicht von 8 Uhr bis 12 Uhr oder nachmittags von 13 bis 16 Uhr, wobei es freitags keine Nachmittagschicht gibt. Die Bezahlung ist miserabel. Wir bekommen dort einen Stundenlohn 1,05 Euro.

Wie sieht ein typischer Arbeitstag aus?

Unsere Anwesenheit wird täglich geprüft. Das heißt, wir müssen uns früh morgens bei unseren beiden Chefs melden und werden dann in zwei Gruppen eingeteilt. Insgesamt arbeiten ca. 45 Menschen für Pro Arbeit und davon ca. die Hälfte morgens und die andere Hälfte nachmittags. Manche arbeiten auch in beiden Schichten. Die beiden Gruppen werden mit Autos in Harsewinkel abgeholt und auf unterschiedliche umliegende Dörfer verteilt, um dort die unterschiedlichsten Arbeiten zu verrichten. Wir schleppen alte Möbel aus irgendwelchen Gebäuden, renovieren, streichen Tapeten, erneuern Sportplätze, schneiden Hecken und Bäume, putzen Schulen und Schulhöfe, jäten Unkraut und halten öffentliche Plätze und Straßen sauber, etc. Um 9:30 Uhr gibt es dann eine Frühstückspause und wir werden zurück

ins Heimgefahren und nach einer halben Stunde erneut zur Arbeit gekarrt. Um 12 Uhr ist die Schicht zu Ende. Falls sich daran eine zweite Schicht anschließt beträgt die Mittagspause eine Stunde und um 13 Uhr geht es weiter. Die Arbeit ist hart und außerdem demütigend. Und sie läuft daher auch nicht immer konfliktfrei ab.

Sie sagten eben, Sie müssen täglich bei Pro Arbeit vorstellig werden. Was passiert im Krankheitsfall oder generell im Falle Ihrer Abwesenheit bei einer der täglichen Kontrollen?

Generell ist es so, dass man sich beim Chef abmelden muss. Versäume ich, mich abzumelden, oder weigere ich mich, weiter für Pro Arbeit zu arbeiten, werden mir für jeden Tag, den ich unentschuldig gefehlt habe, 10 Euro von meinen Leistungen abgezogen. Nun habe ich natürlich, die Möglichkeit, zu sagen, dass ich krank bin, aber selbst das wird oft nicht geglaubt und ich muss einen Krankenschein vorlegen. Es gibt auch kein Urlaubsrecht. Falls du mal für zwei Tage einen Freund oder eine Freundin besuchen möchtest, hängt die Möglichkeit dazu von der Laune des Chefs ab. Wenn du eine gute Beziehung zu ihm hast, klappt das manchmal und vielleicht kannst du sogar noch zwei Krankheitstage hinzufügen, dann hast du tatsächlich ein bisschen Urlaub. Aber wie gesagt, das ist keine offizielle Urlaubsregelung.

Das ist ja eine ganz schön massive Bevormundung...

Ja, aber die geht noch viel weiter. Wenn eine Person mehrere Tage hintereinander nicht auf der Arbeit erscheint, kommt der Hausmeister und öffnet die Privaträume und kontrolliert. Mir wurde bereits gesagt, dass dieses Vorgehen illegal ist, aber das hält die Behörden noch lange nicht von dieser Praxis ab. Ich erinnere mich an eine Situation, in der ich selbst mit dieser Kontrollpraxis konfrontiert wurde. Jemand klopfte an meiner Tür, es war wohl so kurz nach neun Uhr morgens. Ich war krank und schlief und machte deshalb die Tür nicht auf, worauf der Hausmeister mit zwei Sachbearbeiterinnen einfach eindrang. Sie wollten kontrollieren, ob ich wirklich da sei, können Sie sich das vorstellen? Es wird jedoch nicht nur die Anwesenheit kontrolliert. Der Hausmeister kommt, wenn nichts Besonderes vorfällt, ein bis zwei Mal im Monat. Einerseits, um zu schauen, ob und was gebraucht wird oder repariert werden muss, anderer-

seits aber auch um unsere Anwesenheit und unsere Lebensführung zu kontrollieren. Es wird sogar die Sauberkeit der Küche kontrolliert und falls irgendetwas nicht den Vorstellungen des Hausmeisters entspricht, haben wir mit entsprechenden Sanktionen zu rechnen, was bedeutet, dass Leistungen gekürzt werden. Einmal haben wir an einem Sonntag ein Fest veranstaltet. Montags kam der Hausmeister zur Kontrolle und als ich am Dienstag mein Geld beim Amt abholen wollte, bekam ich zu hören: „Du machst jetzt erst deine Küche sauber, dann kontrolliert der Hausmeister das und dann bekommst du dein Geld.“ Sie glauben, weil sie Deutsche sind und wir Ausländer, können sie uns behandeln, wie Eltern ihre Kinder behandeln. Das ist unmöglich!

Noch mal zurück zu Pro Arbeit. Sie erwähnten die vielfältigen Formen von Einschränkungen und Kontrolle, mit der Sie dort konfrontiert sind. Gibt es auch einige Punkte, an denen Ihnen Pro Arbeit entgegenkommt?

Um ehrlich zu sein, nein. Wir bekommen nicht einmal Arbeitskleidung gestellt. Im Winter letzten Jahres mussten wir Schneeschippen. Wir hatten dafür aber überhaupt kein geeignetes Schuhwerk und beschwerten uns dementsprechend. Die Antwort darauf lautete, das sei „scheißegal“. Wir bräuchten Jacken, Schuhe, Hosen und Hemden für die Arbeit für die Arbeit. In Harsewinkel bequemt man sich lediglich dazu, uns einen Karton mit irgendwelchen Kleidern hinzustellen, ohne auf die Größe zu achten. Die Kleidung passt den Leuten sehr häufig schlicht nicht. Wir sind also gezwungen, uns die entsprechende Kleidung zu kaufen. Unser Chef kommentierte das mal mit den Worten: „Geht zum Roten Kreuz, dort bekommt ihr alles für einen Euro. Warum sollte ich euch die Kleidung teuer bezahlen?“. Mit der gleichen Attitüde ließ man uns vor einigen Monaten früh morgens lange im Büro warten. Man hat uns einfach sitzen gelassen, um uns dann irgendwann netterweise mitzuteilen, dass es heute keine Arbeit gäbe. Die Leute waren sauer. Sie sind früh aufgestanden und wollten nun wenigstens Ihre 4 Euro bekommen, die sie an diesem Vormittag verdient hätten. Außerdem werden wir auch während der Arbeit überwacht. Es gibt eine Firma, die wiederum Pro Arbeit kontrolliert. Wenn deren MitarbeiterInnen uns während der Arbeit überwachen, hält uns unser Chef explizit dazu an, „keine Pausen“ zu machen.

>

Welche Veränderungen fordern Sie konkret hinsichtlich der von Ihnen geschilderten Arbeitsumständen von geflüchteten Menschen in Harsewinkel?

Zum einen fordere ich eine anständige Behandlung durch die Arbeitgeber. Dazu gehört die konkrete Interaktion, dazu gehört aber auch, dass wir ordentliche Arbeitsverträge bekommen. Wissen Sie, das ist wirklich absurd: In Deutschland ist alles so durchreguliert und gleichzeitig hat man aber kein Problem damit, uns ohne Verträge arbeiten zu lassen. Worauf kann ich mich im Zweifelsfall rechtlich beziehen? Wenn ich Überstunden mache, verdiene ich pro Stunde eigentlich 2,30 Euro. Die werden mir aber nicht direkt wie die 1,05 Euro Stundenlohn vom Amt ausgezahlt. Stattdessen bekomme ich 1,25 Euro bar, direkt von Pro Arbeit und die restlichen 1,05 Euro vom Amt. Kommt Ihnen das nicht komisch vor? Warum werden die 2,30 Euro nicht auch regulär vom Amt bezahlt? Sind die Überstunden inoffiziell oder illegal? Ich weiß es nicht. Genauso wenig habe ich einen Überblick über meine Arbeitsstunden, der durch ein offizielles Dokument bestätigt wird. Ich muss also alle paar Monate extra fragen, wie viele Stunden ich abgeleistet habe, bzw. vielmehr wie viele Stunden bei Pro Arbeit registriert sind und falls welche fehlen, liegt es an mir, nachzuweisen, dass ich auch die nicht registrierten Stunden auf Arbeit war. Ich muss nach Leuten suchen, die das bestätigen können und hoffen, dass man mir glaubt.

Ich fordere also einen Arbeitsvertrag, in dem meine Bezahlung festgeschrieben ist und die Anzahl meiner Arbeitsstunden, Urlaubstage und alles was dazu gehört.

Ich fordere außerdem, genauso bezahlt zu werden, wie deutsche Staatsangehörige. Es gibt Deutsche, Arbeitslose, Drogenabhängige oder Leute, die bei Pro Arbeit ihre Sozialstunden ableisten, die wesentlich mehr Lohn bekommen als wir. Oft arbeiten wir auch mit Deutschen zusammen, die bei anderen Unternehmen angestellt sind. Sie machen die gleiche Arbeit wie wir und werden sicherlich viel besser bezahlt – und sie werden vielleicht auch nicht so krass kontrolliert wie wir.

Ich finde es außerdem unhaltbar, dass der deutsche Staat uns die Möglichkeit vorenthält, eine Ausbildung zu machen. Vor vier oder fünf Monaten, musste ich in einem Haus arbeiten. Es war ein schönes, großes Haus, das wohl renoviert werden musste. Wir trugen also die Möbel raus, hauten sie zum Teil klein, rissen Wände ein, nahmen die Farbe ab, strichen, etc. Ich dachte bei mir: „Das ist eigentlich

nicht meine Arbeit. Dafür gibt es ausgebildete Leute. Warum mache ich eigentlich diese Arbeit als nicht ausgebildete Person? Mir wird ständig der Zugang zu regulärer Arbeit verwehrt, unter anderem mit der Begründung, ich sei nicht ausgebildet. Und gleichzeitig ist es bei Pro Arbeit plötzlich möglich, Malerarbeiten ohne Ausbildung zu erledigen. Das ist doch ein Widerspruch in sich!“ Wenn Leute einen Sprachkurs oder ein Praktikum machen wollen, bekommen sie immer zu hören, Pro Arbeit geht vor und jegliche andere Arbeit, die uns genehmigt wird muss unbedingt unbezahlt sein, damit sie uns überhaupt genehmigt wird. Es geht offensichtlich nur darum, uns auszunutzen und Profit herauszuschlagen. Und für viele Menschen dauern diese Zustände jahrelang an. In Harsewinkel gibt es eine Person, die seit 14 Jahren in Deutschland ist und seit 6 oder 7 Jahren für Pro Arbeit arbeitet. Aus-, Fort-, und Weiterbildungsmöglichkeiten, um die wir uns im Übrigen selbst gekümmert haben, werden uns so systematisch verwehrt! Ich fordere also einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und ein Recht auf Ausbildung und Deutschkurse. Viele von uns wollen Deutsch lernen, wollen eine Ausbildung machen und arbeiten. Es geht nicht darum, die Beschäftigung bei Pro Arbeit als solche abzulehnen. Viele sind froh, arbeiten zu können, aber uns zu dieser Arbeit zu zwingen, und uns die Leistungen zu kürzen, falls wir uns gegen dieses entwürdigende und intransparente Beschäftigungsverhältnis wehren oder uns verweigern, das lehne ich entschieden ab. Es sollte ein Arbeitsangebot geben, aber keinen Zwang und die einfachste Lösung wäre an dieser Stelle, uns Deutschkurse zu ermöglichen, das Arbeitsverbot aufzuheben und uns einen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt zu geben, anstatt uns systematisch auszubeuten. <

PETITION

Petition im Wortlaut:

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass Flüchtlinge in Deutschland das gleiche Recht zu arbeiten bekommen wie Deutsche. Es soll keiner Arbeitserlaubnis bedürfen und auch die Lohnbegrenzung soll abgeschafft werden.

Die Begründung der Petition lautet:

Dass Asylsuchende in Deutschland arbeiten, ist ein wertvolles Mittel der Integration. Flüchtlinge, die oftmals vor Tod, Verfolgung, Folter und Vergewaltigung geflohen sind, haben in Deutschland per Gesetz nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen: Sie dürfen ihren Wohnsitz nicht frei wählen und dürfen sich nur eingeschränkt von ihrem Wohnort entfernen. Außerdem haben sie einen sehr engen finanziellen Spielraum, um ihr Leben zu gestalten. Vielerorts erhalten sie Gutscheine oder Esspakete, und nur geringe Summen Bargeld.

Sich mit einer sinnvollen Tätigkeit in die Gesellschaft einzubringen, ist daher eine der wenigen Möglichkeiten für Flüchtlinge, um eine zumindest in Teilen autonome Existenz zu führen und um Sozialkontakte zu Deutschen aufzubauen. Für Geduldete, die zum Teil seit über zehn Jahren in Deutschland leben, ist eine Normalität ohne solche Kontakte kaum möglich. Asylbewerber und Geduldete erhalten in Deutschland zunächst keine Arbeitserlaubnis. Im ersten Jahr ihres Aufenthalts ist ihnen Arbeit ganz verboten. Auch danach ist die Möglichkeit, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, an eine Aufenthaltsberechtigung gebunden. Das bedeutet, dass ihnen ein menschenwürdiger Alltag unmöglich gemacht wird. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht eine Ausnahme vor, „sofern die zu leistende Arbeit sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde.“ Das Arbeitsentgelt wird dabei auf 1,05 € je Stunde festgesetzt.

Diese Diskriminierung von Flüchtlingen gegenüber deutschen Staatsbürger nutzt die unverschuldete Notsituation von Asylbewerbern schamlos aus. Sie ist nichts anderes als staatlich verordnete Ausbeutung. Der deutsche Arbeitsmarkt profitiert auf diese Weise von Menschenrechtsverletzungen in aller

Welt. Wenn Asylbewerber einen Job annehmen wollen, um sich zu integrieren und um zumindest ein Stück weit einen normalen Alltag zu erleben, erhalten sie nur solche Jobs, für deren Entlohnung kein Deutscher arbeiten will.

Das Bundesverfassungsgericht hat beim Existenzminimum festgestellt, dass eine Menschenwürde zweiter Klasse für Asylsuchende und Geduldete mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Wir fordern, dass dieser Grundsatz auch bei der Frage nach einer menschenwürdigen Entlohnung von Arbeit gelten muss.

Die Lohnbegrenzung pervertiert den Integrationsgedanken der Arbeit. Mit einem gesetzlichen Maximallohn ist jede Arbeit von Asylbewerbern eine moderne Form der Sklaverei, die eines liberalen Rechtsstaats unwürdig ist.

Wir fordern den Bundestag auf, den würdelosen Zuständen ein Ende zu bereiten und die Diskriminierung von Asylbewerbern auf dem Arbeitsmarkt abzuschaffen.

Die Unterzeichnenden

<http://arbeitserlaubnis.wordpress.com> <

PODIUMSDISKUSSION, UNTERSCHRIFTEN-KAMPAGNE, PROTEST

Wir haben Platz für Flüchtlinge – Bleiberecht für Roma!

Von Hendrik Unger

Dezember 2012 veranstaltete der Arbeitskreis Interdisziplinäre Flüchtlingsarbeit - bestehend aus AK Asyl e.V., Ökumenisches Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen e.V., Sozialpfarramt, DRK, Amnesty International Asylgruppe, unterstützt durch das Aktionsplenum Move&Resist sowie die Antira AG der Uni Bielefeld - eine Podiumsdiskussion zum Thema „Flüchtlingsschutz für Roma aus Serbien und Mazedonien“. Auf dem Podium und im zahlreich erschienenen Publikum waren Roma, JuristInnen, FlüchtlingsberaterInnen, Menschenrechts- und antirassistische AktivistInnen aus verschiedenen Zusammenhängen.

Grund für die Veranstaltung war, dass weiterhin Roma nach Serbien, Mazedonien und Kosovo abgeschoben wurden. Dort finden sie Elend, Hunger und einen durch rassistische Ausgrenzung und Gewalt geprägten Alltag vor. All dies wird in den hiesigen Asylverfahren nicht berücksichtigt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bearbeitet auf Anweisung des Innenministeriums die Anträge im Schnelldurchlauf - eine klare Vorverurteilung und Missachtung von Menschenrechten und der Genfer Flüchtlingskonvention.

In der Folge der Podiumsdiskussion gründete sich ein Aktionsbündnis, welches im März 2013 eine umfangreiche Kampagne durchführte. Unter dem Motto „Wir haben Platz für Flüchtlinge – Bleiberecht für Roma!“ wurde eine Resolution initiiert, an mehreren Tagen Infostände in der Bielefelder Innenstadt abgehalten und eine Demonstration organisiert.

Aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses:

»Der deutsche Staat raubt neu angekommenen AsylbewerberInnen vom Balkan endgültig ihr Recht, in angemessener Weise ihr Verfolgungsschicksal darzulegen. Das geschieht durch sogenannte Schnellverfahren. Legitimiert wird dies in Hetz- und Diffamierungskampagnen, die insbesondere durch deutsche PolitikerInnen

forciert werden. Statt Fluchtgründe rechtlich zu prüfen und die Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anzuerkennen, schafft der deutsche Staat rassistische Sondergesetze für Roma.«



Demonstranten treten für die Rechte von Roma ein.

Etwa 150 Menschen protestierten am 21. März 2013 lautstark in der Bielefelder Innenstadt gegen Abschiebungen sowie für Flüchtlingsschutz und Bleiberecht. Bei einer Kundgebung am Jahnplatz berichteten Flüchtlinge von ihrem Schicksal. Weitere Redebeiträge folgten am Rathaus und an der Bielefelder Zweigstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nahe der Seidenstickerhalle. Dort sollte auch eine Resolution an das BAMF überreicht werden, die sich für ein Aufenthaltsrecht von Roma aus Serbien, Kosovo und Mazedonien ausspricht. Das Amt verweigerte allerdings die Annahme. Die Resolution wurde erst zehn Tage zuvor von verschiedenen Bielefelder Organisationen ins Leben gerufen und binnen dieser kurzen Zeit von über 800 Menschen unterzeichnet. Ein großes Zeichen, doch leider hat sich noch nicht viel verbessert. Viele Gründe weiter zu kämpfen! <

RESOLUTION

Für ein Aufenthaltsrecht von Roma aus Serbien, Kosovo und Mazedonien - Gegen rassistische Hetze!

Auf einer Veranstaltung im Dezember 2012 im Bielefelder Haus der Kirche berichteten mehrere Roma über ihre Lebenssituation in Serbien und Mazedonien. Eindrücklich schilderten sie über ihr menschenunwürdiges Leben in Blechhütten und Zelten, die fehlenden Möglichkeiten für die Kinder zur Schule zu gehen und die Ausgrenzung vom Arbeits- und Wohnungsmarkt, die sich ganz gezielt gegen sie als Roma richtet. Um zu überleben, müssen sie auf Deponien und in Müllcontainern nach Verwertbarem suchen. Gleichzeitig berichteten sie von massiver, rassistisch motivierter Gewalt gegen ihre Familien, von Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen und der Schwierigkeit, dagegen Anzeige zu erstatten und ernst genommen zu werden.

Auch wenn es zur Zeit des ehemaligen Jugoslawien rassistische Diskriminierungen gegen Roma gab, hatten diese dennoch ähnliche Lebensbedingungen wie die anderen Bevölkerungsgruppen. Durch den wirtschaftlichen Umbruch veränderte sich ihre Lebenssituation drastisch und sie wurden sowohl durch die Behörden als auch durch die Mehrheitsbevölkerung an den Rand des Existenzminimums gedrängt. Viele Roma wurden arbeitslos, verloren dadurch ihre Wohnungen und wurden zu Obdachlosen. Durch die Obdachlosigkeit waren sie rechtlos und vermehrt von Gewalttaten betroffen.

Diese Art der ethnischen Diskriminierung ist lebensbedrohend und muss daher die Anerkennung als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zur Folge haben. Die Flüchtlingskonvention besagt, dass Personen, die vom Staat verfolgt werden oder die der Staat nicht vor Verfolgung schützen kann, Flüchtlingsschutz gewährt werden muss.

In der öffentlichen Debatte jedoch werden Roma als „Asylbetrüger“ diffamiert; angeheizt wird diese Hetze von einigen Politikern und durch zahlreiche Medienberichte. Verschärft wird diese Haltung durch die

von Innenminister Friedrich angeordneten Schnellverfahren für Roma beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wo über den Asylstatus entschieden wird. Dadurch werden Roma in ein Prozedere gedrängt, das eine ethnische Gruppe per se von einem gründlichen Asylverfahren ausschließt und somit rechtsstaatswidrig ist. Die Anerkennungsquoten gehen dementsprechend gegen null.

Auf Grund der ansteigenden Asylantragszahlen droht die EU damit, die Visumsfreiheit für Staatsangehörige aus Serbien und Mazedonien erneut einzuschränken, was dazu führt, dass die Regierungen beider Länder zunehmend zu restriktiven Maßnahmen gegen die eigenen StaatsbürgerInnen greifen, die wiederum vor allem Roma betreffen. Dazu gehören Ausreiseverbote bei Verdacht auf Asylantragstellung, bei Rückkehr Entzug des Passes oder Vermerke im Pass, die zur Folge haben, dass keine Sozialleistungen gewährt werden und der Zugang zu medizinischer Versorgung unmöglich gemacht wird. Geplant ist sogar die Einführung von Gesetzen, die die Asylantragstellung in einem anderen Land unter Strafe stellen.

Angesichts dieser Situation fordern wir:

- Anerkennung der verfolgten Roma als Flüchtlinge im Sinne der GFK
- Bleiberecht für alle Roma aus Serbien, Kosovo und Mazedonien; Anerkennung als rassistisch Verfolgte
- Abschaffung des Schnellverfahrens
- Aufhebung der Wohnsitzauflagen und freie Wahl des Wohnsitzes
- Schluss mit der medialen Hetze; Stopp mit der Diffamierung als Wirtschaftsflüchtlinge; Politikern, die rassistische Hetze verbreiten, muss entschieden widersprochen werden!
- Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern: Für mehr Sozialleistungen in allen Ländern der EU, gegen EU-Grenzsicherungen <

GEGEN DIE RASSISTINNEN VON „PRO NRW“ UND „PRO D“

Gleich zwei Mal versuchten die RassistInnen von „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“ 2013 in Bielefeld ihre Hetze zu verbreiten.

Am 18. März 2013 lief etwa ein Dutzend aus den Reihen der selbsternannten „Bürgerbewegung Pro NRW“ vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge an der Gütersloher Straße in Brackwede auf und sah sich konfrontiert mit hunderten GegnerInnen, die unter dem Motto „Asylrecht ist Menschenrecht – Flüchtlinge brauchen Schutz und Solidarität“ demonstrierten. Aus dem Aufruf der Gegenproteste:

»Millionen Menschen auf der ganzen Welt leiden unter Verfolgung, Folter und Krieg. Viele versuchen zu fliehen, wenige schaffen es. Sie suchen Schutz, weil sie keine Perspektive haben, in ihrer Heimat zu leben. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Die Menschenrechte gelten für alle Menschen. Deshalb muss Deutschland schutzsuchende Menschen aufnehmen. Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem. Wir lassen nicht zu, dass Neonazis und RechtspopulistInnen Menschen herabwürdigen, provozieren

& ihren Menschenhass in Bielefeld verbreiten!«



Ein Aufkleber an einem Laternenpfahl lässt keinen Zweifel:

In Bielefeld haben die AktivistInnen von „Pro NRW“ keine Chance mit ihren menschenfeindlichen Parolen.

Am 26. August machte die populistische Partei „Pro Deutschland“ im Zuge ihrer Wahlkampf-Tour an zwei Orten (Hicret-Moschee in Brackwede und AJZ an der Heeper Straße) Station. Unter dem Motto „Bielefeld bleibt bunt und vielfältig – Gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit!“ rief das Bielefelder „Bündnis gegen rechts“, in dem sich auch der AK Asyl e.V. engagiert, sowie das AJZ zu Gegenprotesten auf. Gerade einmal eine Handvoll „Pro Deutschland“-SympathisantInnen standen mehreren hundert lautstarken GegnerInnen gegenüber.

Bielefeld ist für die zumeist aus dem Rheinland ange-reisten HetzerInnen, die versuchen Anschluss an den Rassismus der Mitte der Gesellschaft zu finden, wohl kein gutes Pflaster. <



Bielefeld bleibt bunt

und vielfältig

Gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit!

IN EIGENER SACHE

-

SPENDENAUFUF

Menschen, die von Krieg, Zerstörung und Armut aus ihrer Heimat vertrieben werden, stehen meist vor dem Nichts. Mittellos sind sie auf die Hilfe des Landes angewiesen, in das sie sich geflüchtet haben. Häufig wird die Sehnsucht nach Sicherheit und Unterstützung jedoch enttäuscht. Täglich werden Flüchtlinge in ihren Rechten beschnitten, diskriminiert und abgeschoben.

Seit nun sieben Jahren engagiert sich der AK Asyl für diese Menschen. Mit vielfältigen Angeboten helfen wir Flüchtlingen in Notsituationen. Neben ausführlicher Beratung, medizinischer Hilfe, Unterstützung bei der Wohnungssuche, beim Sprachtraining und bei Behördengängen bilden wir auch BeraterInnen fort und bilden ein Netzwerk zur Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge. Auch die so genannte Verfahrensberatung hat weiterhin Bestand. Hier werden neu einreisende Flüchtlinge über den Ablauf des Asylverfahrens beraten und bei Schwierigkeiten unterstützt. Öffentlichkeitsarbeit gehört ebenfalls dazu, denn die Wahrung und Erweiterung der Rechte von Flüchtlingen ist von gesellschaftlichem Interesse.

In den vergangenen sieben Jahren konnten wir hunderte Flüchtlinge in ihren dringenden aufenthalts- und sozialrechtlichen Angelegenheiten beraten und tatkräftig unterstützen. Wir konnten drohende Abschiebungen verhindern und immer wieder öffentlich die Rechte von Flüchtlingen einfordern.

Ohne das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter ist unsere erfolgreiche Arbeit kaum zu schaffen. Die wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter, die wir im täglichen Kampf für die Rechte von Flüchtlingen benötigen und die angemieteten Räumlichkeiten im Haus der Sozial AG müssen jedoch vom Verein finanziert werden. Neben einigen Zuschüssen sind wir dabei vor allem auf private Spenden angewiesen.

Wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen und damit ein Zeichen für Humanität setzen wollen, freuen wir uns über jede regelmäßige oder einmalige Spende.

Unser herzlicher Dank gilt allen bisherigen SpenderInnen, ohne deren Hilfe unsere Arbeit nicht möglich wäre.

VIELEN DANK!

MEDIZINISCHE FLÜCHTLINGSHILFE UNTERSTÜTZT SCHWANGERE

Die Medizinische Flüchtlingshilfe, der AK Asyl e.V., das Ökumenische Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen und das Sozialpfarramt kooperieren, um eine fachliche Begleitung von Notfall-Geburten in den Bielefelder Geburtskliniken zu erreichen.

Wie in über 30 anderen Großstädten in Deutschland gibt es auch in Bielefeld seit einigen Jahren eine Medizinische Flüchtlingshilfe für Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus. Im Rahmen unserer Arbeit vermitteln wir Menschen ohne Papiere mit medizinischen Fragen und Problemen an Ärztinnen und Ärzte, die sie behandeln und ihnen zu ihrem Recht auf medizinische Versorgung verhelfen.

Immer wieder wenden sich auch schwangere Frauen an uns. In vielen Fällen kann ihnen über eine intensive aufenthaltsrechtliche Beratung zu einem Aufenthaltstitel und damit einer medizinischen Regelversorgung oder zumindest zu einer Duldung für die Zeit der Entbindung verholfen werden.

In seltenen Fällen ist dies nicht möglich oder aber die Zeit für eine Klärung reicht nicht bis zur Entbindung. Für die betroffenen Frauen haben sich die Medizinische Flüchtlingshilfe, der Arbeitskreis Asyl e.V., das Ökumenische Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen und das Sozialpfarramt zusammengetan, um eine fachliche Begleitung von Notfall-Geburten in den Bielefelder Geburtskliniken zu erreichen.

Unsere Idee ist es, dass jede Bielefelder Geburtsklinik eine notfallmäßige Entbindung pro Jahr zusagt. In den letzten drei Jahren haben wir insgesamt drei Frauen begleitet, auf die die genannte Situation zutraf. Wir gehen von einem ähnlichen Bedarf in den kommenden Jahren aus, also ein bis zwei Notfall-Entbindungen pro Jahr. Erfreulicherweise hat nun das Evangelische Krankenhaus der von Bodelschwingschen Stiftungen zugesagt, eine Notfall-Entbindung pro Jahr zu übernehmen. Dies bedeutet eine große Erleichterung und Sicherheit für die betroffenen Frauen. Mit den beiden anderen großen Krankenhäusern sind wir darüber derzeit noch im Gespräch.

Weitere Informationen: www.ak-asyl.info/beratung/medizinische-fluechtlingshilfe <

NEU: BERATUNG UND MITARBEITERIN

Der AK Asyl e.V. bietet seit Sommer 2013 eine Beratung speziell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an.

Seit Sommer 2011 gibt es in Bielefeld fünf so genannte Clearing-Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Eine auf die besonderen Bedürfnisse zugeschnittene Beratung fehlte bislang. Durch die Förderung von „Aktion Mensch“ kann der AK Asyl e.V. diese Lücke nun schließen. Der AK Asyl e.V. ist sowohl für die Jugendlichen als auch für die Betreuungseinrichtungen beratend tätig.

Gefördert durch die



Weitere Informationen: www.ak-asyl.info/beratung/umf-beratung

Außerdem verstärkt seit Sommer 2013 die Sozialarbeiterin Jana Ilic das Team der Berater_innen. Sie ist zusammen mit der Juristin Dr. Zübeyde Duyar in der Asyl-Verfahrensberatung tätig. <

AK ASYL E.V. MACHT PARTY

Alle FreundInnen und InteressentInnen sind am Samstag, 14. Dezember 2013, 19:00 Uhr in den „Kulturpunkt“ (Saal am Parkplatz des AK-Asyl-Büros) zum Feiern eingeladen.

Wir wollen zusammen essen, trinken, feiern und Zeit verbringen. Für Getränke ist gesorgt, wenn ihr eine Kleinigkeit zu Essen zur Verfügung stellt, wird es bestimmt ein fröhlicher Abend. Kulturelle Beiträge, wie z.B. Musik, Tanz oder Akrobatik sind herzlich willkommen. Meldet Euch einfach vorher per Mail bei uns unter: info@ak-asyl.info
Wir freuen uns auf euer Kommen! <

NEUER RAUM FÜR TREFFEN UND BEGEGNUNGEN

Nachdem bereits seit Mai ein zuvor untervermieteter Büroraum vom AK Asyl e.V. genutzt wird, kam Anfang Juli ein vielfach lohnenswerter Raum hinzu.

Zahlreiche SpenderInnen und HelferInnen haben es möglich gemacht: Ein ehemals an das Welthaus Bielefeld e.V. untervermieteter Raum im AK-Asyl-Büro an der Kavalleriestraße kann nun vom AK-Asyl e.V., seinen Arbeitsgruppen und FreundInnen genutzt werden. Von ehrenamtlichen UnterstützerInnen renoviert, erstrahlt er nun freundlich und einladend.

Eine deutliche Verbesserung besteht dabei für KlientInnen und BesucherInnen. Warten sie einmal auf ein Beratungsgespräch oder eine Besprechung, muss dies nun nicht mehr auf dem weniger gemütlichen Flur geschehen. Die Wartezeit können sie jetzt in angenehmer Atmosphäre verbringen. Es gibt eine noch erweiterbare Kinder-Spiel-Ecke, eine kleine Tee-Küche und zukünftig auch einen Internet-Arbeitsplatz an dem BesucherInnen selbstständig recherchieren und im Internet recherchieren können.

Außerdem bietet der Raum nun Platz für Besprechungen in größerer Runde. So fand kürzlich das erste Interessierten-Treffen für neue freiwillige MitarbeiterInnen und das „Große Team“ im neuen Raum statt. Auch Workshops der AG Sprachtraining können dort in geselliger Atmosphäre ausgerichtet werden.

Die Wände wirken teils noch etwas kahl. Daher sind Bilder, Collagen, Fotos und Poster zur Verschönerung herzlich willkommen. Außerdem wäre es schön, für Workshops, Präsentationen und Vorträge einen lichtstarken Projektor oder Beamer in dem Raum zur Verfügung zu haben. Doch leider fehlen dazu die finanziellen Mittel. Wenn sich diesbezüglich Sponsoren finden ließen, würde uns das sehr freuen. <

NEU IM NETZ: WWW.AK-ASYL.INFO

Seit November 2012 wird die Homepage des AK Asyl e.V. von ehrenamtlichen UnterstützerInnen betreut. Auf Basis eines neuen technischen Gerüsts wurde sie komplett neu gestaltet und wird laufend aktualisiert. Beiträge sind herzlich willkommen und können gesendet werden an: homepage@ak-asyl.info <

VEREIN WÄHLT NEUEN VORSTAND UND WIRD TRÄGER DER JUGENDHILFE

Im Jahr 2013 fanden gleich zwei Mitgliederversammlungen des AK Asyl e.V. statt.

Im Februar wurde ein neuer Vorstand aus drei gleichberechtigten Mitgliedern gewählt. Als Vorstandmitglied erhalten geblieben ist dem Verein Joachim Poggenklass. Seine neuen VorstandskollegInnen sind Jannik Kohl und Malin Houben.

Auf der Mitgliederversammlung im September wurde die Vereinssatzung dahingehend geändert, dass der AK Asyl e.V. Träger der Jugendhilfe wird. Dadurch soll die Finanzierung des Projekts „Alle haben Rechte - Beratung von unbegleitet, minderjährigen Flüchtlinge“ gesichert werden. <

INTERESSIERTEN-TREFFEN UND GROSSE TEAM-SITZUNG

Regelmäßig lädt der AK Asyl e.V. zu einem Treffen für Interessierte ein, die sich beim Verein engagieren wollen.

Ein solches Interessierten-Treffen bietet die Möglichkeit, die MitarbeiterInnen mit Fragen zu löchern und die vielfältigen Aufgaben des Vereins kennen zu lernen. Es besteht die Möglichkeit, sich über verschiedene Möglichkeiten des eigenen Engagements zu informieren und anderen Freiwilligen zu begegnen. Neue Gesichter sind herzlich willkommen!

Neben den hauptamtlichen MitarbeiterInnen gibt es ein Netzwerk von Freiwilligen, die z.B. Informationsmaterial verteilen, übersetzen und dolmetschen, die Homepage pflegen, Sprachtrainings anbieten oder einzelne KlientInnen bei Behördengängen und alltäglichen Problemen unterstützen. Für diese und weitere Aufgaben sucht der AK Asyl e.V. laufend Unterstützung.

Das „Große Team“ findet jeden zweiten Montag im Monat ab 19 Uhr statt und dient den Freiwilligen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen dazu, sich austauschen, fortzubilden und anstehende Arbeiten zu planen. <

UNSERE BERATUNGSFELDER

Unsere Mitarbeiter stehen Ihnen in den folgenden Fachbereichen für eine Beratung gern zur Verfügung. Nähere Informationen können Sie den angegebenen Internetseiten entnehmen.

Regionalberatung

Kathrin Dallwitz und Özkan Aksoy

www.ak-asyl.info/beratung/regionalberatung

Verfahrensberatung

Erstaufnahmeeinrichtung: Gütersloher Str. 259

www.ak-asyl.info/beratung/verfahrensberatung

Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

<http://www.ak-asyl.info/beratung/umf-beratung>

Medizinische Flüchtlingshilfe (MFH)

www.ak-asyl.info/beratung/medizinische-fluechtlingshilfe

Uni-Beratung

Universität Bielefeld: Raum C1-162

www.ak-asyl.info/beratung/uniberatung

FINGERKUPPEN + SCHLEIFPAPIER = ABLEHNUNG?

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) - hat am 05. September 2013 (Az. 10 C 1.13) den Pflichtenkatalog für AsylbewerberInnen faktisch erweitert. Das Gericht hat sich mit dem §15 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), welcher „Allgemeine Mitwirkungspflichten“ festlegt, beschäftigt. Aus besagtem Paragrafen folgt unter anderem die Pflicht für alle AntragstellerInnen, „persönlich [...] bei der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken“, Schriftstücke einzureichen, und auch die „vorgeschriebenen erkenntungsdienstlichen Maßnahmen zu dulden“. Letzteres heißt in der BeamtInnen-Wirklichkeit zumeist Fingerabdrücke der Betroffenen anzufordern.

Sofern die durchweg freundlichen und verständnisvollen MitarbeiterInnen der zuständigen Ämter mit dieser Schikane nicht zufrieden sind, bewerten sie die „Mitwirkung“ als verweigert und - Achtung Trickkiste, jetzt kommt die „Fiktion“ ... ein Hoch auf dieses äußerst praktische Instrument im deutschen Recht! - der Asylantrag gilt als „zurückgenommen“ (§33 AsylVfG).

Nach dem Urteil des BVerwG ist in dieser Pflicht, erkenntungsdienstliche Maßnahmen zu dulden, auch ein Gebot enthalten, die Maßnahmen nicht zu erschweren und beispielsweise die eigenen Fingerkuppen zu „manipulieren“, so dass keine „wertbaren Fingerabdrücke“ abgenommen werden können. In dem verhandelten Fall ging es um eine Person, die sich angeblich mit Schleifpapier die Fingerkuppen abgerieben haben soll, so dass keine auswertbaren Fingerabdrücke genommen werden konnten. Die beiden Vorinstanzen in Regensburg (Verwaltungsgericht) und München (Verwaltungsgerichtshof) sind übrigens noch zu dem Schluss gekommen, dass der Wortlaut des AsylVfG zur Abwechslung einmal ernst genommen werden könnte. So wurde in München (Az.20 B 12.30348) ausgeführt: „Dabei kann der Ausländer mit der Bertreibensaufforderung nur zu einer Mitwirkungshandlung verpflichtet werden, die eine hinreichende Stütze im Gesetz findet.“ Für die zunächst mit dem Fall betrauten bayrischen RichterInnen bedeutete das gesetzlich vorgeschriebene Dulden von erkenntungsdienstlichen Maßnahmen eben nur etwas Passives. Das Bundesverwaltungsgericht dagegen sah dies nun anders. <

ZUM TODE VON CEMAL KEMAL ALTUN

Vor 30 Jahren stürzte sich der Asylbewerber Cemal Kemal Altun aus dein Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts in den Tod. Altun verzweifelte an der Gängelung durch das deutsche Asylverfahren, der rassistischen, verachtenden und bestenfalls gleichgültigen Verwaltungspraxis und der Bereitwilligkeit deutscher Behörden, ihn an die damalige Militärdiktatur in der Türkei auszuliefern.

Nach seiner ursprünglichen Flucht vor dem türkischen Polizeistaat gelangte Altun nach (West)Berlin, stellte einen Asylantrag aufgrund politischer Verfolgung in seinem „Heimatland“ und wurde prompt mit einem Auslieferungsgesuch überrascht. Auf eine freundliche Anfrage der deutschen Behörden hin hatte das türkische Regime solch ein Ersuchen gestellt und dies mit einem eilig ausgestellten Haftbefehl wegen einer angeblichen Beteiligung an einem Mordanschlag begründet. Monatelange Haft in Deutschland, Gerichtsverfahren und die ständige Angst, an die Türkei überstellt und dort gefoltert zu werden, trieben den jungen Aktivisten letztendlich in den Tod.

Damals wie heute ist Altuns Schicksal kein Einzelfall, sondern deutsche und europäische Realität und die unmittelbare Folge einer systematischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik um fast jeden Preis. So spielten und spielen Deutschland und andere europäische Staaten oft und gerne die Handlanger für Militärregierungen und autoritäre Regime in aller Welt. Auch die verzweifelte Selbsttötung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen ist keine Ausnahme. Schätzungen gehen von deutlich mehr als 100 Selbstmorden von AsylbewerberInnen in den letzten Jahren in Deutschland aus, alle im Zusammenhang mit Abschiebungen, absurden Verwaltungsverfahren, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Behördenwillkür. Das vermutlich jüngste Beispiel ist die Selbsttötung eines Asylbewerbers im berüchtigten Lager Harbke im Landkreis Börde in Sachsen-Anhalt im August 2013. <

Beide Artikel erschienen leicht geändert in Forum Recht 04/13, Seite 12.

WIRTSCHAFTSPOLITIK KENNT KEIN ASYL

Europäische Flüchtlingspolitik in Zeiten der Globalisierung

Von Christian Glöckner

»Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.« Mit diesen Worten macht der Schweizer Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler die Spekulation mit Agrarrohstoffen an der Börse, die Absprache von Weltmarktpreisen für Lebensmittel und die Verwendung von Mais als Treibstoff für Auto-Motoren für das Hungerleiden in afrikanischen Ländern mitverantwortlich. Auch wenn der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung für seine drastischen Ansichten scharfe Kritik einstecken musste, hat seine Aussage einen wahren Kern: Im Zeitalter der Globalisierung haben wirtschaftspolitische Entscheidungen von Staatengemeinschaften unmittelbaren Einfluss auf andere Länder.

Dieser Zusammenhang ist auch von entscheidender Bedeutung, um die Beweggründe vieler Afrikaner zu verstehen, ihr Land zu verlassen und auf lebensgefährlichen Wegen in Richtung Europa aufzubrechen. Denn nicht nur kriegerische Konflikte, religiöse und politische Verfolgung und Diskriminierung zwingen zur Flucht. Auch jene Menschen, die durch die kolonialistische Wirtschaftspolitik Europas ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, sehen für sich und ihre Familien keine Zukunft mehr in ihrem Land.

Anhand der Beispiele Agrarsubventionen für europäische Bauern und Fischereilizenzen vor den Küsten Afrikas kann die inhumane Wirtschaftspolitik der EU leicht veranschaulicht werden. Jahr für Jahr gibt die EU mehrere Milliarden Euro dafür aus, europäische Bauern finanziell zu unterstützen. In der Nachkriegszeit hat dieses Instrument durchaus Sinn gemacht. Bei der Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln war die Politik auf eine produktive Agrarbranche angewiesen. Mittlerweile existiert in Europa jedoch kein Versorgungsengpass mehr. Vielmehr sehen wir uns mit einer Überproduktion konfrontiert. Dennoch fließen weiterhin satte Subventionen in die Branche – die erfolgreiche Arbeit der Agrarlobby. Der produzierte Überschuss

wird sodann in ärmere Länder exportiert. Aufgrund der hohen Subventionen können die europäischen Waren auf afrikanischen Märkten günstiger angeboten werden als die einheimischen Produkte. Afrikanische Erzeuger können mit den europäischen Kampfpreisen nicht konkurrieren und müssen ihre Höfe aufgeben. Sie verlieren ihre wirtschaftliche Grundlage und verarmen.

Auch afrikanische Fischer leiden unter der europäischen Politik. Die EU schließt mit korrupten Machthabern afrikanischer Länder Abkommen, die Europa umfangreiche Fangrechte zusprechen. Afrikanische Familienbetriebe, die seit Generationen als Fischer ihr Überleben sichern, haben keine Chance, gegen die industrialisierte Fischerei anzukommen. In Sichtweite zu den überdimensionalen Trawlern gehen ihnen immer weniger Fische ins Netz. Am Ende bleibt ihnen nur noch der Verkauf ihrer Boote. Nicht selten sind es organisierte Schlepperbanden, die ihnen die schrottreifen Fischerboote abkaufen und Flüchtlinge damit aufs Meer schicken.

Die EU rechtfertigt ihre Verträge mit dem Scheinargument, dass die finanziellen Einbußen der kleinen Fischer durch Ausgleichszahlungen der jeweiligen afrikanischen Regierung kompensiert würden. Die Gebühren für die erworbenen Fangrechte sollen also weitergeleitet werden. Dass die Vertragszahlungen der EU jedoch nur zu Bruchteilen bei den Fischern ankommen und stattdessen den ausufernden Lebensstil der herrschenden Despoten absichern, scheint Europa nicht zu kümmern.

Auf diese Weise beteiligt sich die EU an der Zerstörung der afrikanischen Wirtschaft. Die ärmeren Länder sind somit noch weniger in der Lage, sich selbst zu versorgen. Vor dem Hintergrund des Prinzips der Hilfe zur Selbsthilfe ist dieses Vorgehen absurd. Auch der Hinweis der EU, dass durch Subventionen Arbeitsplätze in Europa geschaffen und gesichert

werden, verliert in Anbetracht der Vernichtung afrikanischer Existenzen jegliche Aussagekraft.

Perspektivlos und in Armut lebend entschließen sich viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Sicherlich eine schwierige Entscheidung, denn sie lassen nicht nur ihre Familie zurück, sondern auch ein Stück ihrer Identität. Festzustellen, dass man als Familienvater seine Kinder nicht mehr ernähren kann, ist allerdings Antrieb genug, in einem reicheren Land nach Arbeit zu suchen und somit wieder eine Lebensgrundlage für sich und seine Angehörigen verdienen zu können.

Eine legale Einreise nach Europa bleibt den Flüchtlingen aber verwehrt. Versuchen sie dennoch, als Asylbewerber ein europäisches Land zu erreichen, müssen sie abenteuerliche und meist lebensgefährliche Pfade nutzen. Aufgrund der flächendeckenden Schließung der Migrationswege bleibt ihnen oft nur die Chance, sich in die Hände einer Schlepperbande zu begeben. Meist führt die Route vom afrikanischen Norden über das Mittelmeer nach Spanien, Italien oder Griechenland. Viele notdürftig reparierte Boote halten dem Wellengang nicht stand und brechen auf offenem Meer auseinander. Auch wenn in den Medien nur über besonders verlustreiche Vorfälle berichtet wird (wie beispielsweise Anfang Oktober 2013 mit über 350 Toten), spielen sich derartige Unglücke in perfider Regelmäßigkeit vor den Küsten Europas ab. Europa ist für diese Tragödie mitverantwortlich und sieht weg. Anstatt etwas gegen dieses Massensterben zu unternehmen, stärkt es den Ausbau seiner Grenzsicherung. Analog zu Zieglers Vorwurf könnte man postulieren: »Jeder Flüchtling, der vor den Grenzen Europas stirbt, wird ermordet.«

Politische Würdenträger kriminalisieren Geflüchtete als illegale Einwanderer und schüren in der Bevölkerung die Angst vor einer drohenden Flüchtlingschwemme. Als Problemlösungsstrategie präsentiert Innenminister Friedrich die Bekämpfung von Schleuserbanden. Zudem sollen Flüchtlinge auf hoher See mit Überwachungsdrohnen und dem neuen Kommunikationssystem Eurosur der Grenzschutzagentur Frontex noch früher erkannt werden. Diese Technik ermöglicht es, Flüchtlingsboote weit vor den Küsten Europas ausfindig zu machen und sie unter Umständen von afrikanischen Vertragspartnern rechtzeitig wieder in den Norden Afrikas zu lotsen. Damit werden allerdings nicht die tatsächlichen Ursachen bekämpft, sondern nur die sichtbaren Symptome.

Und genau dieser Logik scheint die Politik zu folgen: Solange die Konsequenzen westlicher Expansionspolitik in Europa unsichtbar bleiben, muss man das Ungleichgewicht auch nicht korrigieren. Es geht also um mehr als nur Wegsehen, es geht um die Invisibilisierung der Probleme. Auf Kosten anderer Länder wird der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung angehoben. Die EU beteiligt sich so an einem Outsourcing von Leid.

So lange Europas Wirtschaftspolitik weiterhin an ihrem eindimensionalen Prinzip der Gewinnmaximierung und des grenzenlosen Wachstums festhält, so lange sich Europa immer mehr abschottet und Einwanderungswege verschließt, so lange es den existenziellen Problemen mit Scheinlösungen begegnet, wird es seinem freiheitlichen Selbstverständnis nicht gerecht. Europa steht bei der afrikanischen Bevölkerung in der Schuld. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU sollte nicht ihre eigene Arroganz befeuern, sondern sie dazu bewegen, ihre festgeschriebenen Freiheitsideale mit anderen Ländern zu teilen. Es ist an der Zeit, dass Europas Grenzen nicht nur für Waren- und Finanzströme geöffnet werden, sondern auch für Menschen. <

DAS STERBEN IM MITTELMEER UND DIE VERWEIGERUNG DER FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG

Von Kathrin Dallwitz

Seit dem Drama mit 350 Toten vor der Insel Lampedusa, kann niemand mehr sagen, nichts vom Sterben im Mittelmeer gewusst zu haben. Obwohl sich solche Tragödien leider schon seit Jahren abspielen, war es erst jetzt in allen Medien präsent. Flüchtlingsselbstorganisationen und Menschenrechtsorganisationen berichten jedoch seit vielen Jahren darüber und fordern ein Ende von Frontex und sichere Einreisewege. Im Rahmen des Festival der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen 2010 in Jena wurde zur Erinnerung an die Toten der Festung Europas ein Mahnmal errichtet. In einer Erklärung heißt es (<http://thecaravan.org/node/2467>):

»Das Festival wird an diejenigen erinnern, die ihr Leben an die Festung Europa verloren haben und diejenigen feiern, die sich noch immer dieser Politik, die darauf abzielt, uns zu teilen, zu isolieren und zu zerstören, widersetzen und diese überleben. [...] Tausende von Flüchtlingen sterben jährlich an den immer weiter ausgedehnten und immer stärker militarisierten europäischen Grenzen und viele mehr werden dank Frontex zum Ertrinken gezwungen. Diese vielen Menschen können nicht einmal die europäischen Grenzen lebendig erreichen. Jeder Versuch, ihnen irgendeine Hilfe zukommen zu lassen oder sie zu retten, resultiert in Strafverfolgung. [...] Die „Frontexisierung“ des europäischen Grenzsysteams ist eine tödliche physische und ideologische Waffe der Festung Europa, wo die Militarisierung der Meere und der Landgrenzen gewaltsam gegen Migration eingesetzt wird. Sie zielt darauf ab, das unehrenhafte System des „Teile und Herrsche“ und die globalisierte Apartheid von Selektion und Ausbeutung zu stärken.«

Auch die Kampagne „Stoppt das Sterben“ von Pro Asyl macht seit vielen Jahren auf die Menschenrechtsverletzungen und das Sterben an Europas Grenzen aufmerksam. Laut ihren Angaben sind von

1993 bis 2012 mehr als 17.000 schutzsuchende Menschen im Mittelmeer gestorben. Nach der öffentlichen Debatte im Oktober 2013 schreiben sie in einer Presseerklärung (www.proasyl.de):

»Schon im Vorfeld des Gesprächs der EU-Innenminister anlässlich der Katastrophe vor Lampedusa machte Bundesinnenminister Friedrich klar: Die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen blieben selbstverständlich unverändert.«

Im Fernsehen trauern PolitikerInnen für ein paar Sekunden und verhalten sich dann, als wenn es nur darum ginge, den Menschen zu erklären, dass die Fluchtwege gefährlich sind. „Verhinderung des Sterbens“ bedeutet bei Ihnen, Gespräche zu führen mit anderen Staaten, um Ihnen Gelder für die Grenzsicherung anzubieten. Der Zynismus, mit dem gerade die bundesdeutsche Regierung auf jeden Vorschlag in Richtung „sichere Einreise“ von Flüchtlingen reagiert hat, ist kaum zu ertragen. Es macht traurig und wütend zu sehen, dass sich Menschen auf Grund der Abschottung Europas auf diese gefährlichen Wege begeben, weil ihnen keine legale Einreise genehmigt wird. Und diese Verweigerung findet sowohl auf EU-Ebene, als auch im Bundestag und bei den Ausländerbehörden statt. Die Weigerung, sichere Fluchtwege zu schaffen, geht einher mit der Weiterführung der Beteiligung an den Fluchtursachen in den Herkunftsländern, durch Ausbeutung, Globalisierung der Wirtschaft und Unterstützung diktatorischer Regime.

Warum also begeben sich Menschen auf diesen gefährlichen Weg übers Mittelmeer und was haben einige von ihnen vorher schon unternommen, um andere sicherere Wege zu finden? Als Beispiel möchte ich die Praxis des so genannten Resettlements und die Verweigerung von Familienzusammenführungen erläutern.

Resettlement und Aufnahmeprogramme

Seit langem drängt der UNHCR gerade die Bundesrepublik dazu, regelmäßig mehr Menschen aus dem so genannten Resettlement-Programm aufzunehmen. Resettlement bedeutet, dass Flüchtlinge, die sich in Nachbarländern der Krisenregionen in Flüchtlingscamps befinden, beim UNHCR beantragen können, in ein Kontingent verschiedener Aufnahmeländer übernommen zu werden und weiterreisen zu können. Dies wird vom UNHCR v.a. für als besonders schutzbedürftig geltende Menschen organisiert und so kann eine sichere Einreise organisiert werden. Hierzu heißt es auf der Homepage vom UNHCR (<http://www.unhcr.de/mandat/dauerhafte-loesungen/resettlement.html>):

»Bislang bieten nur einige Staaten Resettlement-Programme in Zusammenarbeit mit UNHCR an, durch die jedes Jahr eine festgelegte Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen wird. Die jährlich angebotenen Kontingente liegen jedoch lediglich bei insgesamt rund 80.000 Plätzen, der weltweite Bedarf ist jedoch weitaus größer. In den nächsten fünf Jahren werden rund 800.000 Menschen Resettlement benötigen. Die meisten Flüchtlinge (rund 80 Prozent) werden momentan von den USA, Kanada und Australien aufgenommen. In Europa bieten die nordischen Länder die meisten Resettlement-Plätze, aber auch viele andere Länder haben bereits kleinere Programme gestartet.«

Deutschland steht jedoch beim Resettlement weit hinten, v.a. in Bezug auf die Zusage einer kontinuierlichen Zahl. 2011 beschloss die Bundesregierung für die nächsten drei Jahre die Aufnahme von gerade einmal 300 Flüchtlingen jährlich. Angesichts der katastrophalen Zustände in Syrien war es für Deutschland schwierig, diese geringe Zahl zu halten und so wurde mit einem speziellen Aufnahme-Programm beschlossen, 5.000 SyrerInnen die Einreise zu genehmigen. Einige hundert von ihnen sind – seit Gültigkeit dieses als große Humanität gefeierten Beschlusses – eingereist. Die Entscheidung Nordrhein-Westfalens, weitere 1.000 Angehörige von syrischen MitbürgerInnen in NRW aufzunehmen, scheitert für viele Angehörige an der Notwendigkeit von Verpflichtungserklärungen (siehe auch nachfolgende Presserklärung). Alle anderen syrischen Flüchtlinge, die hier in Deutschland Asyl beantragen und aktuell Schutz erhalten, mussten erst auf gefährlichen, ille-

galen Wegen einreisen und neben sich Menschen sterben sehen.

Parallel zu der Katastrophe von Lampedusa versuchen PolitikerInnen sich in den Medien mit der Aufnahme dieser oben genannten Gruppe syrischer Flüchtlinge zu feiern. Am Flughafen werden sie begrüßt und willkommen geheißen und ignoriert, dass es sich um eine beschämend kleine Gruppe handelt, der hier geholfen wird. Und es wird vergessen, dass es auch ihre Verwandten und FreundInnen sind, die vor den Toren Europas auf der Flucht sterben oder traumatisiert werden, weil sie keinen der wenigen Aufnahme-Plätze bekommen haben, die für Flüchtlinge einen der wenigen Wege darstellen, legal nach Europa zu kommen.

Verweigerte Visa zur Familienzusammenführung

Die meisten Toten der Katastrophe im August kamen aus Eritrea und Somalia. In Eritrea sind Folter, Misshandlungen und Einschränkung der Meinungsfreiheit an der Tagesordnung. Viele junge Menschen fliehen, weil sie nicht für mehrere Jahre in einen Militärdienst gezwungen werden wollen, der sie jeglicher Rechte beraubt. In Somalia herrscht immer noch ein bewaffneter Konflikt, Armut, Zwangsrekrutierungen auch von Kindern und Gewalt überall. Aus beiden Ländern versuchen schon in Deutschland lebende Flüchtlinge ihre Angehörigen über Familienzusammenführung auf sicheren Fluchtwegen nach Deutschland zu bringen und scheitern oftmals an den hohen Hürden des Aufenthaltsgesetzes und den Interpretationen der Ermessensspielräume der Ausländerbehörden.

Viele Flüchtlingsfamilien müssen sich schon vor der Flucht trennen, weil die einzigen offenen Fluchtwege über Schlepper gehen, die viel Geld kosten und es nicht für alle Familienangehörigen reicht. So machen sie sich getrennt auf den Weg, in der Hoffnung irgendwann wieder zusammen zu kommen. Aber selbst nach einer Anerkennung als Flüchtling oder der Erteilung von Abschiebehindernissen sind die Hürden für die Familienzusammenführung hoch.

Ausgelöst durch die vielen Bilder in den Medien über die Toten im Mittelmeer melden sich auch beim AK Asyl verstärkt Angehörige von Menschen bei uns, die versuchen auf legalen Wege über Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen. Sie hoffen, dass die trauernden Worte im Fernsehen

>

INTERNATIONAL

eine Bedeutung haben, dass Europa endlich ihren Schmerz und ihre Sorge versteht und leichter Familienzusammenführungen zustimmt. Hier ein Beispiel:

Eine alleinerziehende Mutter, die die Flucht aus einer bedrohlichen Situation nur mit einem Kind geschafft hat und zwei weitere Kinder bei Nachbarn zurücklassen musste, hat nur humanitären Aufenthaltsstatus und nicht Flüchtlingsstatus erhalten. Dieser Status sieht bei Familienzusammenführung i.d.R. vor, den Lebensunterhalt zu sichern. Selbst freiwilliger Verzicht und das Zusammenrücken in einer kleinen Wohnung nützt nichts, die Mutter muss ausreichend Einkommen nachweisen können. Es gibt Ermessensspielräume der Ausländerbehörden, die mit besonderen Härten begründet werden müssen und extrem schwierig durchzusetzen sind. Was muss bei einer solchen Situation noch als besondere Härte beschreiben werden? Warum ist in so einer Situation eine Familienzusammenführung nicht schon vom Gesetzgeber her selbstverständlich vorgesehen? Der Schutz von Kindern und das durchs Grundgesetz proklamierte Recht auf Schutz von Familien scheinen hier wie eine Phrase.

Oft kommen mir die Vorschläge von Behörden, Gerichten oder Abgeordneten wie Abwehrmaßnahmen vor. Herrschaftssysteme suchen immer nach Legitimationen, um ihr eigenes unmenschliches Verhalten zu rechtfertigen. Bei der Frage der Lebensunterhaltssicherung wissen die meisten, dass es unmenschlich ist, einer Mutter zu sagen, dass ihr minderjähriges Kind nicht zu ihr kommen kann, weil sie arbeitslos ist. Also sagen sie, sie können ja auch eine Verpflichtungserklärung von jemand anders bringen. Dies bedeutet jedoch, dass diese Person sich bereit erklären muss, für die nächsten Jahre jeden Monat mehrere Hundert Euro zu zahlen, um den Lebensunterhalt des Kindes zu sichern. Immer wieder legen ganze Familien zusammen, um diese Verpflichtungserklärung abzugeben, aber viele haben diese Möglichkeit nicht.

Vielleicht wäre es eine Maßnahme, dass alle Landtagsabgeordnete, die solche Regelungen in Erlassen vorschlagen, eine Verpflichtungserklärung für jeweils ein bis zwei Kinder unterzeichnen, wenn das für sie finanziell so einfach machbar scheint. Die meisten von uns werden diese Summe nicht so einfach zusätzlich nachweisen oder von anderen organisieren können. Und so geben dann viele gut qualifizierte Flüchtlinge

die Möglichkeit von sinnvollen Weiterbildungen auf, um sofort bei einer Leiharbeitsfirma arbeiten zu können und dann die Familie nachzuholen. Und so arbeitet wieder eine Ingenieurin als Putzkraft oder ein Lehrer bei der Leiharbeitsfirma am Fließband. Da nützen all die Tagungen zum Thema „Anerkennung der Qualifizierung“ nicht, wenn das sofortige Geldverdienen im Vordergrund steht, um Kinder oder jüngeren Geschwister nachzuholen.

Weil so viele Visaanträge abgelehnt werden, kommt es immer wieder dazu, dass Menschen sich in ihrer Verzweiflung auf so genannten illegalen Wegen in Richtung ihrer Familienangehörigen aufmachen und wieder drohen Menschen im Mittelmeer zu sterben. Die Menschen fliehen nicht freiwillig, sie machen sich auf den Weg, um ihr Leben zu retten und sie werden dies auch tun, wenn Frontex die Grenzen noch weiter verschließt. Wenn Europa Fluchtwege absichert, statt sie zu öffnen, trägt es für die Toten im Mittelmeer Verantwortung. <

PRESSEERKLÄRUNG

Nur gut verdienende Flüchtlinge aus Syrien können ihre Familien nachholen

Letzte Woche legte das Innenministeriums NRW die Bedingungen für die Familienzusammenführung von 1.000 syrischen Flüchtlingen vor. In einem Merkblatt werden die Kriterien beschrieben, nach denen die Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland einreisen dürfen. Die in NRW lebenden Angehörigen müssen für die nachzuholenden Familienangehörigen eine Verpflichtungserklärung incl. Lohnbescheinigung vorlegen. Das einzige was vom Sozialamt übernommen werden könnte, sind die Krankenkassenkosten, den Rest der Lebenshaltungskosten muss die Familie in NRW selber tragen. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des AK Asyl und Familienangehörigen syrischer Flüchtlinge traf sich letzte Woche im AK Asyl und diskutierte die Situation. Dabei wurde deutlich, dass es bei den meisten Anfragen nicht um Einzelpersonen, sondern um Familien mit Kindern geht. Dies bedeutet, dass die Personen hier in Deutschland nachweisen müssen, dass sie z.B. für eine vierköpfige Familie zusätzlich zum eigenen Bedarf ca. 1.200 Euro plus Wohnraum zur Verfügung haben muss. Dies bedeutet eine Umkehr von sozialen Kriterien!

5.000 syrische Flüchtlinge sollen dieses Jahr bundesweit aufgenommen worden, je 1.000 weitere jetzt von einzelnen Bundesländern bei Vorlage einer Verpflichtungserklärung. Angesichts der Katastrophe in Syrien und der großen Zahl der Flüchtlinge in den Anrainerstaaten ist dies eine beschämende geringe Zahl, die nun auch noch nach arm und reich der Angehörigen sortiert. Zur Erinnerung: im Libanon sind 700.000 Flüchtlinge aus Syrien, in der Türkei 500.000 und wahrscheinlich sind alle empört wenn sie Überlegungen hören, dass die Türkei die Grenzen für Flüchtlinge aus Syrien dicht machen will. Die Regelung des IM ist aber nichts anderes als ein Türöffnen für alleinstehender junger Menschen, bzw. die Angehörigen gutverdienender Personen.

Familienangehörige von Menschen, die hier im Niedriglohnsektor arbeiten, oder arbeitslos sind oder Familien mit mehreren Kindern nachholen wollen

haben keine Chance. Sie stehen vor den Stacheldrahtzäunen der Festung Europa, begeben sich in die Boote aufs Mittelmeer oder leben weiter in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern der armen Anrainerstaaten. Das Drama vor Lampedusa zeigt aber, dass Menschen in der Verzweiflung vor Krieg, Verfolgung und Elend auch diese lebensgefährlichen Wege wählen. Deshalb fordern wir, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht an Verpflichtungserklärungen und -möglichkeiten gebunden werden darf. Eine Unterscheidung nach armen und reichen Flüchtlingen hat mit Humanität nichts zu tun, sondern dient nur dem guten Image und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen.

15.10.2013, Mitarbeiter, Vorstandsgremium und AG Syrien des AK Asyl.

Für Presseanfragen stehen auch Mitglieder der AG Syrien zur Verfügung, die von ihren Familienangehörige in Syrien berichten können. Kontakt über Tel 0521 -787152-40. <

EINCHECKEN IN DIE FLUCHT

Eine Kurzgeschichte von M. Aliehe

Vor einem Jahr, als er ihr vorschlug, das Land zu verlassen, weil das Bleiben lebensgefährlich wäre, erwiderte sie ihm: Nein, in meinem Land bin ich wie eine Katze, wo ich falle, lande ich auf den Füßen. Jetzt aber ist sie auf dem Bauch gelandet. Um zu leben kriecht sie um Hindernisse. Jetzt will sie das Land verlassen. Sie hat alles verkauft und von allen, die konnten, Geld geliehen, um einen Pass und ein Visum zu erhalten. Heute ist der letzte Tag der Reiseerlaubnis. Es fehlt immer noch die letzte behördliche Zustimmung für die Reise.

Sie sitzt auf der Bank und beobachtet, wie er mit Sicherheitsbeamten spricht, um sie zu überzeugen, seine Frau ohne die letzte Bestätigung fliegen zu lassen. Sie denkt, was passieren würde, wenn der Beamte seinen Namen in den Computer gibt. Angst steigt in ihr hoch. Sie steht auf. Sie fühlt sich schwer. Ihre Füße haften am Fußboden wie ein Magnet an einer Metallplatte. Sie sammelt ihre Kraft und geht zu ihm. Sie will ihn warnen. Als sie noch einen Schritt Abstand zu ihm hat, hört sie, dass er am Weinen ist und dass er sagt, sie hätte Krebs, sie sei todkrank, sie müsse für eine ärztliche Behandlung ins Ausland... Sie müsse bitte... Sie hört ihn nicht mehr. Sie sieht, wie sich seine Lippen bewegen. Sie hört ihre eigene Stimme, wie sie gestern Abend mit ihm gestritten hat. In diesem Moment fragt sie sich, ob sie ihn hasst. Sie blickt ins Gesicht des Beamten und sagt zu sich selbst: Ich hasse ihn und seine Chefs... Sie möchte den Beamten zu Boden werfen und ihre Wut mit der Faust los werden. Was haben sie mit uns gemacht? Vor einem Jahr fühlte ich mich so stark, dass ich dachte, überall in diesem Land unter jeden Umständen leben zu können.

Ein Jahr auf der Flucht zu leben, ein Jahr das Unglück der Menschen zu sehen, ein Jahr dauernd um das Leben der Freunde und Freundinnen im Folterknast besorgt zu sein und das Leid der Familien mitzuerleben, die die Leichen ihrer Liebsten suchten. Die Angst, verhaftet zu werden, oder die anderen in Gefahr zu bringen. Ein Jahr mit ihm und ihrer zerstrittenen Ehe in Ungewissheit zu leben, hat sie, hat beide so gemacht. Sie muss sich im Griff haben, um

den Beamten nicht anzugreifen. In diesem Moment hebt der Staatsdiener sein Haupt und schaut sie an. Sein Blick, der Mitleidsblick eines Mörders, verdreht den Inhalt ihres Magens. Sie hätte ihre Magensäure gern in sein Gesicht gespuckt. In diesem Moment greift der Beamte den Stempel und drückt ihn in ihren Pass. Sie hält inne. Ihr Ehemann dreht sich um. Sie sehen sich an. Er lacht mit feuchten Augen. Sie ist immer noch wütend. Sie denkt: Er trauert um mich, weil ich aus seinem Leben verschwinde. Oder ist er froh, dass ich gehe? Ist er glücklich, weil er mich mit seiner heldenhaften Tat gerettet hat?

Sie will gehen. Sie will von allem hier nichts mehr hoffen. Sie geht, ohne alle Fragen beantwortet zu wissen. Sie nimmt ihren Pass, ihr Handgepäck und dreht sich um in Richtung des Abflugsschalters. Ihre Füße haften nicht mehr. Sie gleiten über die Erde des geliebten Landes in eine weitere Ungewissheit. Sie nimmt Abschied. <

WAS SOLL DAS BEDEUTEN?

Gedichte von Ralf Burnicki

Was soll das bedeuten?

Was soll das bedeuten:
»Deutscher«, »Ausländer«, »Türke«?

Jeder und jede kam irgendwie
in dieses Land

Die einen kamen
durch den Zufall der Geburt

Die anderen
durch die Umstände

Jetzt sind wir hier.

Wir sind alle Migranten
und Migrantinnen

Menschen
voll Licht

Sonnenpost

In alle Briefkästen
eingeworfen sind heute
die neuen Prospekte
der Zukunft

Mit kurzem Ärmel und
Sommersprossen in der Hand
ziehen Postboten durchs Land

Aufgeknöpft sind alle
Erscheinungen

Himmelschulterweit
zeigen die bunten Kioske
der Gärten ihre Schalter

Mit offenem Hemd geht die Zeit
Es ist gelb und
die Landschaft schlüpft
als Körper hinein

Wir werden Entfernungen
sammeln gehn

Fremd unter Fremden

Du bist geboren und aufgewachsen
im Iran, wie deine Eltern
und Großeltern.

Geboren und aufgewachsen
bin ich in Deutschland,
auch meine Eltern und Elterseletern.

Du kamst in die Bundesrepublik
und die Leute auf der Straße
waren dir fremd.
Mir auch.

Du seist anders,
sagen die Stammtische.
Du bist mir ähnlicher
als meine Bekannten.

Du seist fremd,
sagt die Regierung. Du sollst
dich integrieren.
Dabei bist du mir näher
als meine Nachbarn.
Die kenne ich kaum.

Das Schönste an Deutschland
bist du.

Anders sein

Du bist so anders
wie jeder Mensch
anders ist.

Nichts anderes.

ABASI

Eine Kurzgeschichte von Christian Glöckner

08. Juli 2013

Mit einem gewaltigen Knall löste sich die Verkeilung des Flaschenzugs. Tellergröße Scheiben rotierten und setzten ein darüber geführtes Tau in Bewegung. Entlang eines schwenkbaren Stahlarms ragte es weit über die Reling hinaus, bis es über eine Stahlrolle senkrecht abfiel und in das Mittelmeer eintauchte. Das Knattern der Apparatur machte es unmöglich, den Erklärungen des Fischers zu folgen. Ich starrte auf das Wasser. Mit jedem Meter, den das Tau hinaufgezogen wurde, mehrten sich die aufsteigenden Blasen. Als das Meer schließlich in einem Radius von etwa vier Quadratmetern zu sieden schien, durchbrach das Netz die Wasseroberfläche und hangelte sich tropfend bis zur Armspitze empor. Der Stahlarm schwenkte um 90 Grad und ließ den Fang an Deck niedergehen. Der Fischer löste das prall gefüllte Netz vom Tau. Hunderte Fische zappelten hilflos in der Sonne.

„Er lag regungslos dazwischen“, sagte der Fischer.

„Es muss ein Schock für sie gewesen sein, eine Leiche in ihrem Fang zu finden“, sagte ich und warf dem Fischer einen mitfühlenden Blick zu.

„Nein, kein Schock. Es wunderte mich nur, dass es diesmal ein Kind war.“

„Diesmal?“

„Das kommt schon mal vor. Das kennt jeder, der mit seinem Kutter hier in der Gegend raus fährt. Einen toten Jungen hatte aber noch keiner im Netz. Er war ja gerade einmal zehn oder elf Jahre alt.“ Mit einem Paddel schob er die Fische auseinander.

„Ist ihnen irgendetwas Besonderes an dem Jungen aufgefallen?“

„Nur, dass er schrecklich verunstaltet war. Das Wasser hat ihn aufquellen lassen – ein grauenvoller Anblick.“

Ich nickte und stellte mir vor, wie er ausgesehen haben muss.

„Um sein Handgelenk“, fügte er hinzu, „war ein silbernes Kettchen gebunden, auf das einzelne Perlen aufgereiht waren, vielleicht so 15 Stück.“

„Wo haben sie den Jungen hingebracht?“

„Ich hab ihn mit an Land genommen und ihn der Polizei übergeben. So machen wir das immer. Sollen die sich mit den Flüchtlingen rumschlagen. Ist dann

nicht mehr unser Problem.“

„Sie meinen, das sind die Leichname von Flüchtlingen?“

„Was denn sonst? Boatpeople – die kommen aus Afrika angeschifft und hoffen auf ein besseres Leben in Europa. In ihrer Heimat werden sie verfolgt wegen ihrer Religion oder der Politik, was weiß ich. Die meisten überleben die Überfahrt und kommen dann nach Lampedusa in die Auffanglager“, sagte er und deutete mit dem Paddel in Richtung der Insel. Meine Augen folgten seiner Geste und ich erkannte in der Ferne eine Bucht, die sich ins Meer verlor.

„In den Lagern“, begann ich, „wie sind die Menschen dort untergebracht?“

„Keine Ahnung, ich weiß nur, dass es ihnen da nicht schlecht geht. Besser jedenfalls als vielen Einheimischen. Die werden versorgt von Kopf bis Fuß, bekommen so viel zu essen und trinken, wie sie wollen, frische Kleidung, alles. Beschwerden können die sich wirklich nicht.“

Ich bedankte mich und reichte ihm meine Visitenkarte. „Rufen sie mich an, wenn ihnen noch etwas einfällt.“

Erschöpft betrat ich am Abend mein Büro und schaltete den Computer ein. Ich dachte an den toten Jungen. In meinem Kopf überschlugen sich die Fragen. Wer war er und woher kam er? War er tatsächlich auf der Flucht? Wo waren seine Eltern? Musste er sich etwa vor ihnen in Sicherheit bringen? Oder waren sie gemeinsam unterwegs? Aber was kann sie dazu gedrängt haben, ihr Leben und das ihrer Kinder aufs Spiel zu setzen? Eines steht fest: Flüchtlinge schlagen sich nicht auf eigene Faust nach Europa durch. Sie vertrauen sich Schleuserbanden an, die die illegalen Überfahrten organisieren. Die Flüchtlinge zahlen ein Vermögen dafür und riskieren ihr Leben auf den schrottreifen Booten. Mir fielen die Bilder von den überfüllten Flüchtlingsschiffen wieder ein, die ich aus den Nachrichten kannte.

Wenn sich der Junge tatsächlich auf so einem Boot befunden hat, muss sich jemand an ihn erinnern können. Auch wenn seine Eltern nicht dabei waren, irgendwer an Bord kannte ihn, vielleicht nicht besonders gut, aber immerhin könnte er mir Anhaltspunkte liefern, mir sagen, woher er kam und wie er

hieß. Sicher, das Boot könnte auch gekentert sein. Dann wären alle Insassen ertrunken und es gäbe keine Zeugen mehr. Doch habe ich bisher keine Meldung gelesen, aus der hervorgeht, dass in den letzten Tagen Wrackteile und weitere Leichen aus dem Meer gefischt oder an die italienischen Ksten gespült worden wären. Allenfalls treiben sie noch im Wasser. Aber möglicherweise haben sie es tatsächlich geschafft, wurden ins Auffanglager nach Lampedusa gebracht und sind wohlauf.

Dieser Gedanke ließ mir keine Ruhe, ich musste es herausfinden.

09. Juli 2013

Ich ging dicht an der Umznung entlang, den Blick ins Innere des Auffanglagers gerichtet. Vor mir erhob sich ein grauer Betonkomplex. In zwei Etagen, die mit einer Metalltreppe füreinander erreichbar waren, reihten sich notdürftig ausgebaute Unterkünfte aneinander. ber die Geländer waren Handtücher, Hosen und T-Shirts geschlagen, die in der Sonne trockneten. Auf den Treppenstufen saßen unzählig Menschen dicht gedrängt zusammen und redeten durcheinander. Als ich das verriegelte Eingangstor erreichte, eilte mir ein uniformierter Mann entgegen.

„Signore, kann ich ihnen helfen?“

„Tremante, La Repubblica.“ Ich hielt ihm meinen Presseausweis entgegen und erntete ein unsicheres Lächeln.

„Was kann ich für sie tun, signore redattore?“

„Können sie mir sagen, wie viele Flüchtlinge hier in den letzten fünf bis zehn Tagen angekommen sind?“

„Nicht viele, nur ein kleines Schiff, vor sechs Tagen. Das Boot ist fast auseinander gefallen, als wir es entdeckten. Es waren 20 Insassen, nicht mehr. Alle anderen sind schon länger hier.“

„Nur ein Schiff“, wiederholte ich. „Und wo haben sie die Insassen untergebracht? Das Lager scheint recht berfllt zu sein.“

„Wir haben Zelte aufgebaut, dort hinten, sehen sie?“ Er deutete mit der Hand in die linke hintere Ecke des Innenhofs. „Es ist nur vorübergehend, bis wieder Zimmer frei werden, verstehen sie? Eine Ausnahme-situation. Die Schleuserbanden haben Hochsaison. Sie schicken die Leute in baufälligen Booten aufs Meer und kümmern sich nicht darum, was aus ihnen wird. Die Flüchtlinge schaffen es oft nicht bis an Land und erleiden Schiffbruch.“

„Und sie sehen zu, wie die Flüchtlinge zehn Seemeilen vor Lampedusa ertrinken.“

„Natürlich nicht. Unsere Grenzkontrollen sind rund

um die Uhr auf dem Meer und bringen die Schiffbrüchigen in Sicherheit.“

„Sie meinen das Lager hier?“

„Signore, es ist das modernste Auffanglager Europas. Es fehlt ihnen an nichts.“

Ich nickte, bedankte mich und folgte dem Verlauf des Zauns in Richtung der Zelte. Wenn die Grenzkontrollen so gewissenhaft arbeiten, dachte ich, warum gehen den Fischern dann so viele Leichen in die Netze? Mein Blick wanderte wieder ins Innere des Lagers. Von dieser Seite konnte ich einen zweiten Wohntrakt sehen. Schwarzer Ruß bemntelte die Wände des oberen Stockwerks, einzelne Planken hingen verschmort vom Dach herunter. Ich näher-te mich den Zelten. Der Zaun ließ mich nicht näher als fünf Meter an sie heran. Aus dieser Entfernung erkannte ich, dass es sich bei den Notunterkünften nur um alte Planen handelte, die behelfsmäßig über ein paar in die Erde gerammte Holzstämme geworfen waren. Kaum blieb ich stehen, bemerkten mich zwei Flüchtlinge, die sich unmittelbar auf mich zubewegten.

„Mein Name ist Gianni Tremante“, kam ich ihnen in meinem besten Englisch zuvor, „ich arbeite für eine italienische Zeitung und suche jemanden.“

„Wen suchen sie?“ kam es zurück.

„Das weiß ich selbst nicht so genau, jemanden, der in der letzten Woche mit einem Boot aus dem afrikanischen Norden hier angekommen ist.“

„Das sind wir alle. Alle, die unter diesen dreckigen Planen hausen.“

„Sind auch Kinder darunter?“

„Kinder? Nein, wir sind 18 Männer und zwei Frauen. Wir hatten Glück, das Schiff hat bis kurz vor der Insel gehalten.“

„Das heißt, alle haben die Reise überlebt, niemand ist ertrunken?“

„Niemand.“

Der Junge im Fischernetz muss in einem anderen Boot gesessen haben, dachte ich. Und es ist gekentert. Alle, die den Jungen kannten, sind ertrunken.

„Nur weil wir es überlebt haben“, riss mich einer der Insassen aus den Gedanken, „heißt es noch lange nicht, dass wir am Ziel sind. Wahrscheinlich werden wir ausgewiesen und nach Libyen zurückgebracht. Keiner sagt uns etwas.“ Er senkte den Blick.

„Aber wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben“, fügte der zweite Flüchtling hinzu, „viele andere schaffen es noch nicht einmal bis nach Lampedusa.“

„Nein“, sagte ich gedankenverloren, „die verschlingt das Meer.“

>

„Ja, entweder das oder sie werden zurückgeschickt.“

„Zurückgeschickt? Von wem?“

„Von den Grenzkontrollen natürlich. Italiens Lager platzen aus allen Nähten. Die meisten Schiffe werden zur Umkehr gezwungen, auch wenn sie nur noch wenige Seemeilen von der Insel entfernt sind.“

Sie schicken sie in ihren Wracks den langen Weg zurück, dachte ich, obwohl sie davon ausgehen können, dass viele der Boote die afrikanische Küste nie erreichen werden. Die Methoden der Grenzpatrouillen scheinen sich nicht sonderlich von denen der Schleuserbanden zu unterscheiden, nur haben sie die staatliche Legitimation.

„Schicken sie auch Boote mit Frauen und Kindern zurück?“, fragte ich.

„Flüchtling ist Flüchtling.“

„Was geschieht mit den Schiffen, die es zurück nach Afrika schaffen?“

„Sie werden von den Grenzkontrollen vor der Küste abgefangen und in libysche Lager gebracht. Eines der größten liegt in Misratah, 200 Kilometer östlich von Tripolis.“

„Danke. Ich hoffe, sie bekommen bald ein Zimmer in einem der Trakte.“

„Das wird noch dauern. Eine Etage ist komplett ausgebrannt, da kann niemand rein. Wenige Tage bevor wir hier ankamen, hat es einen Aufstand gegeben. Einige Insassen wollten das Lager niederbrennen, um gegen die schlechten Bedingungen zu protestieren.“

Gemeinsam starteten wir auf das ausgebrannte Stockwerk, zwischen uns der Zaun.

10. Juli 2013

Massive Mauern machten das Auffanglager auch für Durchreisende erkennbar. Mir war sofort klar, dass ich als Journalist nicht die geringste Chance hatte, diese Festung zu betreten. Hier wurden die Flüchtlinge nicht in einen Käfig gesperrt, hier wurden sie eingemauert.

Zu beiden Seiten des Haupteingangs befanden sich steinerne Hütten. Eine stand leer, in der anderen saß ein Wächter. Ein zweiter Wachmann erhob sich gerade aus einem Gartenstuhl vor dem Eingangstor, schulterte sein Gewehr und kam auf mich zu.

„Tremante, italienischer Bauherr“, log ich.

„Was wollen sie?“

„Die italienische Regierung hat mich beauftragt, ein neues Flüchtlingslager auf Lampedusa zu bauen. Vielleicht haben sie von dem Aufruhr gehört, der vor zwei Wochen dort stattgefunden hat. Ein ganzer

Wohnkomplex ist abgebrannt. Man vermutet, dass den Insassen die verwendeten Brandsätze durch die Zäune zugesteckt worden sind. Können sie sich das vorstellen? Damit sich ein solches Szenario in Zukunft nicht wiederholt, brauchen wir ein neues Lager, eines mit hohen Mauern so wie dieses hier.“ Ich unterstrich meine Worte mit geschäftsmännischen Gesten.

„Und was haben wir damit zu tun?“

„Wir wollen unsere Festung nach dem Vorbild ihres Lagers errichten. Da ist es notwendig, dass ich das Areal von Innen betrachten kann. Wenn sie so freundlich wären, mir das Tor zu öffnen?“

„Haben sie eine Genehmigung des Obersts?“

„Eine Genehmigung? Nein, ich“

„Dann sind sie nicht autorisiert, das Lager zu betreten.“ Er wandte sich von mir ab und ging auf das leere Wachhäuschen zu.

„Ich bitte sie, Sir“, rief ich ihm nach und tat einen Schritt in seine Richtung. „Ich bin extra aus Italien angereist.“

„Wenn sie keine Genehmigung haben, darf ich sie nicht einlassen.“ Der Wachmann drehte sich auf einem Stiefel zu mir um, nahm sein Gewehr von der Schulter und hielt es nun in beiden Händen. Der andere Wächter horchte auf und beobachtete mich. Schweißtropfen lösten sich von meiner Stirn. Ich bückte mich, griff an den Saum meines rechten Hosens und krepelte es bis zum Knie hoch. Eine kleine Tasche kam zum Vorschein, die mit Tapeband um meinen Unterschenkel befestigt war. Ein Trick, den ich mir von einem befreundeten Auslandskorrespondenten abguckte hatte. Vorsichtig zog ich den Reißverschluss auf und fingerte ein Bündel Geldscheine heraus. Ich blickte dem Wachmann in die Augen und versuchte, eine Reaktion herauszulesen. Er starrte mich an. Seine Gesichtszüge zeigten keine Regung. Plötzlich drehte er sich um, griff durch das Fenster der Steinhütte nach dem Telefon und wählte eine Nummer. Jetzt ist es aus, dachte ich, ich habe mein Glück überstrapaziert. Ich Idiot, ich bin hier nicht in einem Film. Der Wachmann sprach leise einige Sätze in den Hörer, legte auf und ging zum Verschlag des anderen Wächters. Flüsternd tauschten sie ein paar Worte aus, während ein weiterer Wachmann direkt auf seine beiden Kollegen zumarschierte. Er grüßte sie militärisch, überreichte ihnen etwas und kehrte eilig wieder um. Es sah aus wie ein Etui. Genau konnte ich es nicht erkennen, aber es hatte ohnehin keine Bedeutung mehr für mich.

„Wie viel?“, schallte es zu mir herüber.

Ich begriff nicht. Verstört senkte ich meinen Kopf

und sah das Geldbündel in meiner Hand. Natürlich, schoss es mir durch den Kopf, sie beißen an.

„1.000 amerikanische Dollar“, antwortete ich.

„Gut, 1.000 für jeden von uns.“

Ich überlegte kurz, ob ich verhandeln sollte, aber es erschien mir zu riskant. „Abgemacht, 2.000 Dollar“.

„3.000“, sagte der Wächter, der immer noch am Schreibtisch saß. „Hast du keine Augen im Kopf?“ Sie lachten.

Einer der Wachmänner fingerte einen Schlüssel aus dem ledernen Etui, ging auf das Eingangstor zu und schloss es auf. Der andere stand auf einmal vor mir und streckte mir seine flache Hand entgegen. Ich legte die abgezählten Scheine hinein und ging zum Tor.

„Eine Viertelstunde“, flüsterte mir der Wächter ins Ohr, „keine Minute länger“.

Ich nickte und betrat den mit grauen Betonplatten verkleideten Innenhof. Hunderte Männer, einige Frauen und Kinder standen in kleinen Gruppen über den Hof verteilt. Einige beobachteten mich gespannt, andere nahmen keine Notiz von mir. Ich hatte keine Zeit zu verlieren.

„Sir“, sprach ich wahllos einen der Männer an, „erlauben sie mir eine Frage. Seit wann sind sie schon hier?“

Der Mann lachte. „Seit zwei, über zwei Jahren.“ Ich erschrak. So lange, dachte ich, in einem solchen Loch. Ich zwang mich, nicht weiter darüber nachzudenken. Ich musste jemanden finden, der den toten Jungen kannte.

„Sind in der letzten Woche neue Insassen gebracht worden?“

„Nicht dass ich wüsste. Die letzten kamen vor einem Monat.“

„Das stimmt nicht“, unterbrach uns eine Frau, die einige Meter von uns entfernt stand. Sie schlug eine nasse Hose über ein dünnes Seil, das zwischen zwei Gittertüren gespannt war. Dann kam sie auf uns zu.

„Vor drei oder vier Tagen haben sie noch einen gebracht. Er wurde in den Trakt gegenüber geführt.“ Mit einer flüchtigen Kopfbewegung deutete sie die Richtung an.

Ich bedankte mich, überquerte eilig den Hof, kletterte den Vorsprung zu den Wohnblöcken hinauf und betrat den ersten Raum. Er war leer. Sechs dünne Schaumstoffmatten lagen dicht nebeneinander auf dem Fußboden. Es roch nach einem Gemisch aus Schweiß und Schimmel, Fenster gab es nicht. Der nächste Raum unterschied sich kaum vom ersten, nur dass auf einer Matte ein zerschlissenes Stofftier

lag. Mit jedem weiterem Zimmer schwand meine Hoffnung, den vielleicht einzigen Mann zu finden, der meine Fragen beantworten kann. Dann, endlich, sah ich einen Mann sitzend an der Wand lehnen, den Kopf in die Hände gestützt.

„Entschuldigen sie, Sir“, sagte ich außer Atem. „Sie sind gerade vor ein paar Tagen hier angekommen, ist das richtig?“

Er hob seinen Kopf und blickte zur Tür. Ich setzte mich ihm gegenüber und erklärte ihm, warum ich hier war. Aufmerksam folgte er meinen Ausführungen, bis er schließlich mit dem Hinterkopf gegen die Wand stieß und an die Decke starrte.

„Abasi ist tot“, flüsterte er.

Meine Augenlider schoben sich weit auseinander. „Sie haben ihn gekannt?“

„Ich saß bereits im Boot, als er die Böschung hinter kletterte. Er war zu spät und wir hätten fast ohne ihn abgelegt. Mit einem Bein stieg er ins Boot und drehte sich um, als suche er jemanden. Erst raschelte es, dann erschien eine Frau aus dem Dickicht. Abasi half ihr an Bord. Sofort schnitt der Verbindungsmann der Schleuserbande das Seil los, startete den Motor und verschwand. Wir fuhren aufs offene Meer. Von nun an waren wir auf uns allein gestellt. Um von der Angst nicht überwältigt zu werden, redeten wir alle durcheinander und erzählten uns gegenseitig wie wir es bis hierhin geschafft hatten.“

„Hat der Junge auch von sich erzählt?“ unterbrach ich ihn.

„Nein, er nicht. Aber seine Mutter, Caimile Bitangaro. Sie war immer noch ganz erschöpft von der Odyssee zum Ableger.“

„Woher kamen sie?“

„Eritrea. Asmara um genau zu sein. Ihr Vater ist ein ranghoher General und überwacht die militärischen Abläufe am Flughafen. Dank beträchtlicher Bestechungsgelder ist es ihm gelungen, seine Tochter mit ihrem Sohn unbemerkt nach Tripolis ausfliegen zu lassen. Von dort haben sie sich allein bis zum Boot durchgeschlagen. Alles nur, um im Meer zu ertrinken.“

„Seine Mutter wurde nicht gefunden, sie könnte noch leben, so wie sie.“

„Es ist ein Wunder, dass überhaupt jemand diese verdammte Tour überlebt hat.“

„Erzählen sie mir von der Überfahrt“, bat ich ihn. Er fuhr mit den Fingerspitzen mehrfach über seine Stirn. „Es war nicht mehr weit bis nach Lampedusa. Unser Boot drohte auseinander zu brechen, aber wir hatten es fast geschafft. Irgendwann hörten wir

>

Motorenlärm, der immer lauter wurde. Ein Schiff der Grenzpatrouille hatte uns entdeckt und stoppte unser Boot. Lautstark machten sie uns klar, dass wir nicht weiterfahren durften. Wir protestierten heftig, einige von uns schrieten und weinten gleichzeitig, andere saßen nur da und schwiegen. Ich führte ihnen vor, wie marode unser Boot war. Aber sie wollten nicht verstehen, dass wir es nicht mehr zurück schaffen würden.“ Er drückte sich mit dem Rücken die Wand hoch und ging einige Schritte durchs Zimmer.

„Was ist auf der Rückfahrt geschehen?“, fragte ich und ärgerte mich noch im selben Atemzug über die Frage.

„Was wohl?“, raunte er. „Auf halber Strecke lösten sich einige Planken ab und das Boot ging unter. Jeder versuchte, ein Wrackteil zu finden und sich damit über Wasser zu halten. Viele von uns konnten nicht schwimmen. Irgendwie bekam ich ein Brett zu fassen und ließ mich mit der Strömung treiben. Langsam übertönte das aufspritzende Wasser die Schreie, bis es ganz still war.“ Er setzte sich auf eine der Matten und ließ sich zurückfallen. „Ich weiß nicht, wie viele Meilen ich so geschwommen bin, aber ich muss es in das Gebiet der libyschen Grenzpatrouillen geschafft haben. Sie fischten mich aus dem Meer und brachten mich hierher.“

Ich bemerkte, wie sehr ihn seine Erinnerung anstrengte. Dennoch fragte ich weiter.

„Warum mussten Abasi und seine Mutter flüchten?“

Er wollte gerade antworten, als der Wachmann in den Raum trat, mich unter den Schultern packte und hochzog.

„Genug jetzt“, sagte er und schubste mich zurück auf den Hof. Ich wusste, dass es keinen Sinn machte, mich dagegen zu wehren und ließ mich widerstandslos aus dem Lager führen.

11. Juli 2013

Kurz nachdem das Flugzeug zur Landung ansetzte, betrat ich den Terminal. Dutzende Fluggäste schwirrten durcheinander, Lautsprecherdurchsagen dröhnten durch die Halle, uniformierte Männer säumten die Ein- und Ausgänge und kontrollierten die Pässe der Zivilisten. Mit gezücktem Presseausweis ging ich geradewegs auf einen Soldaten zu.

„Ich muss mit General Bitangaro sprechen. Es geht um seine Tochter.“

Er musterte mich vom Kopf bis zu den Schuhen. Dann sprach er etwas in sein Funktelefon und wartete. Als er eine Antwort bekam, klemmte er das Telefon an eine Schnalle seines Gürtels und tastete mich ab.

„Folgen sie mir“, befahl er und ging voraus.

Wir stoppten vor einer Metalltür. Er betätigte einen Knopf, der neben der Tür in die Wand eingelassen war. Es dauerte nur wenige Sekunden, bis ein weiterer Soldat öffnete und mich hereinbat. Wir standen in einem kleinen Vorraum, der von Kameras überwacht wurde. Als mich auch der zweite Soldat abtastete, versuchte ich mir klar zu machen, wozu ich eigentlich hier war. Was versprach ich mir bloß von diesem Treffen? Ging es nur um eine aufgabensteigernde Reportage über die schockierenden Schicksale von Flüchtlingen? Was trieb mich an? War es die Jagd nach einem weiteren Baustein in meiner Karriere?

Der Soldat ließ von mir ab und führte mich durch einen kargen Flur bis zu einer weiteren Tür. Sie stand offen und gab den Blick in das prunkvoll eingerichtete Amtszimmer frei. Hinter einem antiken Schreibtisch saß ein massiger, kahlköpfiger Mann. Zahllose Abzeichen schmückten seine Uniform und dokumentierten sein Lebenswerk.

„Treten sie ein“, sagte er.

Ich wagte mich bis in die Mitte des Amtszimmers vor und blieb stehen. Hinter mir verschloss der Soldat die Tür. Der General griff nach einer silbernen Schatulle, öffnete sie und zog eine Zigarette heraus. Seine Hände zitterten. Während er ein Streichholz entflammte, deutete er mit einer Kopfbewegung auf den Stuhl, der auf meiner Seite des Tisches stand.

„Was ist mit ihr?“ fragte er. Im Klang seiner Stimme lag tiefe Besorgnis. In seinen Augen zeichnete sich die Reue eines Mannes ab, der seine Tochter ihrem Schicksal übergeben hatte. Ich begriff, was mich hierher getrieben hatte. Es war nicht die Gier nach einer neuen Story. Vor mir saß ein gebrochener Mann, gebeutelt von einer beißenden Ungewissheit. Jeden Tag, jede Nacht quält er sich mit der Frage, ob er die richtige Entscheidung getroffen hatte, ohne jemals eine Antwort darauf finden zu können. Ich war der einzige Mensch, der ihm dieses Gefühl nehmen konnte.

„Ich weiß nicht, wo ihre Tochter sich aufhält, aber ich werde es herausfinden. Vermutlich befindet sie sich in einem Auffanglager in Libyen. Um sie zu finden, brauche ich mehr Informationen über sie. Haben sie ein Foto, das sie mir geben können?“

Schwerfällig erhob er sich von seinem Sessel. „Seit ich denken kann“, begann er, „diene ich schon dem Militär. Ich wuchs in den Wirrungen des nationalen Unabhängigkeitskriegs auf und schloss mich schon früh der Befreiungsfront an. Ich wollte für mein Land kämpfen, für mein Land und meine Familie. Als wir

den Krieg in den 90er Jahren beenden konnten und Eritrea die Unabhängigkeit schenken, schien endlich ein besseres Leben für uns angebrochen zu sein. Ich bezog mit meiner Frau und Caimile ein stattliches Anwesen und brachte es bis zum General. Kurz vor der Jahrtausendwende kam mein Enkel zur Welt.“

Über seine Lippen flog ein zartes Lächeln, das er mit einer Handbewegung wieder verscheuchte. Um sein Handgelenk funkelte ein perlenbesetztes Kettchen. Er bemerkte, dass ich wie gebannt auf seinen Schmuck starrte. „Familientradition“, sagte er und hielt mir seinen Arm entgegen, „der engste Verwandtenkreis bekommt eine solche Kette. Jede Perle steht für ein Familienmitglied. Wird ein Kind geboren, kommt eine neue hinzu.“

Ich nickte und lächelte. Der General zog seinen Arm wieder zurück, ging einige Schritte auf die Wand zu und blieb vor einem in Gold gerahmten Gemälde stehen, das den eritreischen Präsidenten zeigte.

„Mit den Jahren wurden die Zeiten härter“, fuhr er fort, „und es gab wieder erste bewaffnete Konflikte. Der Präsident benötigte eine schlagkräftigere Armee und führte den unbefristeten Militärdienst ein, auch für Frauen. Ich hatte Angst, dass meine Tochter als Kanonenfutter im Fronteinsatz endete. Außerdem mehrten sich Vorfälle von sexuellen Übergriffen auf weibliche Soldaten in unseren Kasernen.“ Er lehnte sich mit beiden Händen auf den Schreibtisch und starrte mich mit weit aufgerissenen Augen an. „Ich hatte keine andere Wahl, ich musste sie davor schützen, verstehen sie?“

„Sie haben das Richtige getan“, sagte ich.

Er schob mir ein Polaroid über die Tischplatte zu. Meine Antwort vorausahnend, erkundigte er sich mit matter Stimme nach Abasi. Als ich ihm mitteilte, was ich wusste, senkte er den Kopf und vergrub sein Gesicht in den Händen.

13. Juli 2013

Nach einer schlaflosen Nacht saß ich wieder in meinem Büro in Rom, klickte mich durch die Internetseiten verschiedener Menschenrechtsorganisationen und recherchierte nach den Standorten weiterer Auffanglager in Libyen. Hatte ich eine Stadt gefunden, notierte ich den Namen in meinen Block. Mein Blick schweifte ab und fiel auf das Polaroid, das ich zwischen den Monitor und die Tischplatte geklemmt hatte. In irgendeinem dieser Lager wirst du gefangen gehalten, dachte ich, und ich werde dich finden. Ein schrilles Klingeln durchbrach die Stille. Ich griff nach meinem Handy und betrachtete das Display. Die eingeblendete Nummer sagte mir nichts.

„Hallo?“, meldete ich mich.

„Herr Tremante?“

An der rauhen Stimme erkannte ich sofort, dass es sich um den Fischer handelte, der die Leiche von Abasi in seinem Fang hatte.

„Ja“, antwortete ich.

„Wir hatten heute eine weitere Leiche im Netz, eine Frau.“

Adrenalin schoss durch meinen Körper, plötzlich war ich hellwach.

„Stellen sie sich vor“, fügte er hinzu, „sie trug das gleiche Kettchen am Handgelenk wie der Junge.“ <

Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

Dezember 2013

IMPRESSUM

Herausgeber:

AK Asyl e.V.
Kavalleriestr. 26
33602 Bielefeld

Redaktion:

Hendrik Unger
Christian Glöckner

Layout:

Christian Glöckner

Autoren dieser Ausgabe:

Lena Böllinger,
Hendrik Unger,
Kathrin Dallwitz,
Özkan Aksoy,
M. Aliehe,
Ralf Burnicki,
Christian Glöckner.

V.i.S.d.P.:

Kathrin Dallwitz

AK Asyl e.V.



KONTAKT

Kavalleriestraße 26
33602 Bielefeld

Telefon: 0521 / 787 152 40

Telefax: 0521 / 787 152 93

E-Mail: info@ak-asyl.info

Homepage: www.ak-asyl.info/

Anzeigen



Hagenbruchstraße 7
33602 Bielefeld
Tel. (0521) 175049
buch_eulenspiegel@gmx.de
www.buchladen-eulenspiegel.de

schnell | frisch | preiswert



Fliednerweg 5 | 33689 Bielefeld | fax 0 52 05 . 87 90 30

fon 0 52 05 . 87 90 28

info@emilio-vegetarischekueche.de

Catering | Buffet-Service
Kindergarten-Belieferung
Veranstaltungs-Service